

# Politischer Wegweiser

Mitteldeutsches Wochenblatt für Freiheit und Vaterland.

Der Politische Wegweiser erscheint wöchentlich einmal an jedem Sonnabend. Preis: 60 Halbpennig monatlich postfrei 6 Wochenlang. Bestellungen nehmen alle nachhiesigen Verleger, Buchhändler und der Verlag Halle (Saale), Leipzigerstraße Nr. 21, entgegen. Einzelhefte 6 Pfennig, halbes Heft 10 Pfennig. Abonnement halbes Jahr 3 Mark, ein Jahr 6 Mark. Bestellungen nehmen alle nachhiesigen Verleger, Buchhändler und der Verlag Halle (Saale), Leipzigerstraße Nr. 21, entgegen.

Einzelhefte: Für die schmalformatige Millimeter-Zelle 10 Halbpennig. — Anzeigen im Reklameteil 1 Mark. — Anzeigenformate nach dem Betrag des „Politischen Wegweiser“ Halle (Saale), Leipzigerstraße Nr. 21. — Verlag: Verein der Demokratischen Partei, Halle (Saale), Leipzigerstraße Nr. 21. — Schriftleitung: Halle (Saale), Leipzigerstraße Nr. 21. Fernsprecher Nr. 1277.

Nummer 26

Halle (S.), 26. Juni 1926

2. Jahrgang

## Nach dem Volksentscheid.

Kampfhaftige Siegesstimmung rechts und links — Die nackte Wirklichkeit — Niederlage des monarchischen Gedankens — Die Aussichten einer Reichstagsauflösung — Verworrenheit — Die Regierung fest hinter dem Kompromiß — Kein voreiliger Pessimismus — Die Möglichkeit eines neuen Volksentscheides — Um die Gerstenzölle — Wirren in Polen — Die Kabinettskrise in Frankreich — Caillaux? — Poincarés Ablehnung — Die Heimatabewegung in Elsaß-Lothringen.

Der Sonntag, dem man in deutschen Ländern mit einer Spannung entgegenzusehen hat, wie nur jenen 26. April vergangener Jahre, an dem die Reichspräsidentenwahl stattfand, hat eblich niemandem befriedigt, auch wenn man rechts und links vernünftige Gesichtspunkte sieht. Sie sind eine Schaustellung vor den eigenen Anhängern. Geht man aber der Stimmung auf den Grund, so sieht man sehr rasch, daß es sich nur um eine Waise handelt. Der Volksentscheid hat nicht zum Ziel geführt, er bedeutet also eine schwere Niederlage, denn gerade der erste Versuch eines Plebiszits mußte gescheitern, wenn man nicht die ganze Einrichtung, die übrigens höchst mangelhaft ist, gefährden wollte. Eine Zunahme um 2 Millionen Stimmen gegenüber dem Volksbegehren ist nicht gerade überwältigend, auch wenn man das schlechte Wetter, das Hochwasser, das in einzelnen Kreisen hart mitgesprochen hat und die Erklärung der Reichsregierung, die sich zur Durchführung des Kompromisses verpflichtet, auf die Debetseite schreibt. Auf der anderen Seite haben die Deutschnationalen und ihre Bundesgenossen gar keinen Anlaß, Siegesjubeln anzuknüpfen. 14,5 Millionen für eine entschuldigungslose Entzweiung ist ein schwerer Schlag für den monarchischen Gedanken, rechnet man noch all diejenigen hinzu, die für eine Entzweiung nicht zu haben sind, aber ebenso wenig die unerhörten Anfrüchte der Fürsten erfüllen wollen, so bekommt man eine republikanische Front von gut 20 Millionen Menschen, wovon schließlich ein großer Teil abzuweichen wird.

Selbstverständlich haben beide Lager nur das hervor, was ihnen in den Kram paßt. Der Sozialist und der republikanische Blätter sehen nur die Niederlage des Volksentscheides, die Sozialdemokratie nur das Anwachsen des Radikalismus. Die Wahrheit liegt, wie immer, in der Mitte. Wer das Ergebnis ruhig und sachlich wertet, wird sich der Erkenntnis nicht verschließen dürfen, daß die Stimmung in weiten Kreisen erheblich umgeschlagen ist. Eine Reichstagsauflösung unter der Parole: Fürstenabfindung würde das Gesicht des Reichstages grundlegend ändern. 14,5 Millionen, zu denen noch das Zentrum und erhebliche Teile der Demokraten stehen, vielleicht sogar Teile anderer bürgerlicher Parteien, die über einen Mißerfolg der Reichstagsverhandlungen in der Frage des Kompromisses enttäuscht waren, sicherten der Weimarer Koalition die Mehrheit im Reichstag, wobei allerdings ein unsicherer Faktor bestände, nämlich die Verteilung der Stimmen links zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten. Was sich unter dem Sommerschein sammelt, ist für praktische Arbeit im Dienste des Vaterlandes verloren.

Nur hier aus gehen wird man eine Reichstagsauflösung nicht gerade begrüßen können. Sie birgt ungeheure Gefahren in sich. Zunächst würde sie die Mitte zersprengen, auf der schließlich in all diesen Jahren die Verantwortung fast unumschränkt gelastet hat und die allein im Stande ist, eine Art labiles Gleichgewicht herbeizuführen, indem sie sowohl die Rechte wie die Linke, je nach Bedarf, in Schach hält. Eine Schwächung der Mitte würde aber auch der Sozialdemokratie kaum nützen können. Je stärker sie selbst innerhalb einer Koalition ist, umso schwerer ist es für sie, radikale Elemente in ihren Reihen zu zügeln, und die eigenen Forderungen auf ein Maß herabzusetzen, das den anderen genehm ist, und nur so durchgeführt werden kann. Tatsächlich ist es natürlich richtig, wenn die Sozialdemokratie heute die Auflösung verlangt, da sie dabei zahlenmäßig nichts verlieren kann und sie vermutlich kaum je wieder eine so jugräftige Parole findet. Trotzdem werden die Führer einseitig genug sein, um einen Wahlkampf nicht gerade herbeizuwünschen, der nur die rasige Entwicklung fördern kann.

Vorläufig haben die Dinge allerdings noch verworren genug aus und das Wort Krise findet in der Handhabung des Reichstages ein selbsterfüllendes Echo. Entschlossenheit der dem Kompromiß stehenden außer der Regierung nur die hier in der Koalition vereinigten Parteien. Kleine Meinungsverschiedenheiten, die besonders von der bürgerlichen Volkspartei herrühren, lassen sich mit einigen guten Willen beilegen. Dagegen wird die Lage sofort gefährlich, sobald sich der Radikalausschlag der Annahme irgend eines Änderungsantrages von rechts oder links geltend zeigt. Zentrum und Demokraten sind bereit, gewissen Forderungen der Sozialdemokratie nachzugeben, lösen aber dann sofort auf den Widerstand der Volkspartei und der Bayern. Das umgekehrte ist der Fall,

wenn die Volkspartei, wozu sie nicht über Lust verführt, gewisse Abänderungen mit Hilfe der Deutschnationalen durchzusetzen verucht. Trotzdem wird man sich nicht in einen Pessimismus hineinziehen lassen, solange noch die letzte Hoffnung auf eine Einigung besteht. Wer in dem hohen Maße Bescheid weiß, gibt nichts verloren. Einigungen erfolgen für gewöhnlich erst zwei Minuten vor zwölf. Man redet sich solange auseinander, bis man zuletzt müde ein Kompromiß schließt, nur um nicht ergebnislos auseinander gehen zu müssen. Das wird um so eher geschehen, je fester die Regierung und ihre Stützen sind. Leider hat



Brand.

„Wenn das so weiter geht, dann werde ich bald das Jubiläum meines 100. Kabinetts feiern können.“

der demokratische Antrag auf ein bloc-Annahme keine Zustimmung gefunden. Man tritt in die Einzelberatung und das ist immer eine Klippe, an der das Schiff scheitern kann.

Es bliebe noch ein Ausweg, über den sich ernsthaft reden läßt. Fällt der Kompromißentwurf, so könnte der Reichspräsident auf Grund seiner verfassungsmäßigen Befugnisse den Gesetzentwurf ohne Volksentscheid nachträglich verabschieden beurteilen. Die Ausschüsse werden natürlich verabschiedet und es ist ohne weiteres zuzugesagen, daß sich sowohl die Sozialdemokraten, wie die Deutschnationalen dann in einer üblen Lage befinden. Sie müßten logisch die Parole auf Stimmhaltung ausgeben und würden es vermutlich auch tun, nur werden sie dann wohl davon überzeugt sein, daß ihnen gewaltige Wählermassen einfach davonlaufen. Da diese ausreichen, um den Volksentscheid freigeig durchzuführen, kann niemand sagen. Dieser Einwand ist durchaus richtig, aber die Wahrscheinlichkeit spricht immerhin für ein Gelingen. Doch selbst einen Mißerfolg vorausgesetzt, würde sich die Situation für einen Wahlkampf erheblich geändert haben. Dann hätte nicht mehr die Sozialdemokratie die Führung und riße den anderen Parteien die Anhänger ab: fort, sondern die Mitte übernehme die Leitung und würde dabei eine sehr starke Anziehungskraft entfalten. Nach unserer Auffassung käme es ja doch garnicht so weit, da schon die amtliche Ankündigung eines solchen Schrittes für den Fall des parlamentarischen Verlangens vermutlich die Widerstände rechts und links brechen würde. Die Rechte durch den Beweis guten Willens der Regierung in ihrer Agitation erheblich gelähmt.

Nach vor Tagen wurde diese Frage mit der der Gerstenzölle verquickt. Inzwischen ist es wenigstens gelungen, hier so etwas wie eine Einigung herbeizuführen, die zwar

nicht nicht unter Dach und Fach ist und noch im letzten Augenblick scheitern kann, aber doch wenigstens die Möglichkeit gibt, einen Stein des Anstoßes aus dem Wege zu räumen und damit der Sozialdemokratie eine Anlehnung an die bürgerliche Mitte zu erleichtern. Darüber darf man sich aber nicht täuschen, daß zum Herbst eine völlige Umgruppierung erfolgen muß. Das Kabinett steht auf zu schwachen Füßen, um sich lange halten und die großen Ausgaben bewältigen zu können, die ihm ziemlich sicher aus der Außenpolitik erwachsen. Bei allen Berechnungen muß man von der Möglichkeit ausgehen, daß in Genf eine neue Krise ausbricht, die einfach mit Notwendigkeit einen Kurswechsel, und zwar nicht nur bei uns, sondern auch in allen anderen beteiligten Staaten erzwingen müßte, daß für uns nur die Rückkehr zu Locarno und Ausbeugung des Systems in Frage kommt, ist eine Selbstverständlichkeit.

Einen gewissen Trost gewährt es, daß die Nachbarstaaten nicht glücklich sind als wir und ähnliche Krisen durchmachen. In Polen haben die Sozialisten dem Kabinett Barlet eine offene Abgabe erteilt. Der Rind nach rechts vollzieht sich damit automatisch, aber das Bestreben Bilubists, den Sejm auszufallen und halbautoritär zu regieren, stößt auf die erbitterte Gegnerschaft des Parlaments und muß neue Zerungen und Wirrungen heraufbeschwören. Wo eine Lösung zu finden ist, läßt sich heute noch gar nicht absehen. Eines aber steht schon fest: Was auch immer in Polen geschieht, die deutschen Minderheiten bezaubern die Seele. Für sie ist jede Regierung der Feind schlechthin. Das haben die Dynamitattentate auf die Grube Deutsch-Scharkel einwandfrei bewiesen.

Interessanter noch ist die Regierungskrise in Frankreich, die sich nun schon Wochen hinzieht und im besten Falle eine kurze Beilegung erfahren wird. Der Franten ist mit den bisherigen Mitteln nicht zu fügen, und es spielt eine untergeordnete Rolle, ob Doumer, Beret, Bokanowski das Finanzministerium verwalten. Nur eine großzügige politische Verständigung, die von einer wirtschaftlichen begleitet oder besser noch geleitet wird, kann dem Währungsverfall Halt geben. Das ist auch das Programm Caillaux, der doch wohl früher oder später als der Retter erscheinen wird. Ob Briand das 10. Kabinett bildet, ist in diesem Augenblick noch nicht entschieden. Selbst aber, wenn es ihm gelingen sollte, und er ist ein unmaßgeblicher Taktiker, um den wir Frankreich beneiden könnten, ist damit sehr wenig erreicht. Es ist aber bezeichnend genug, daß Poincaré zunächst bereit war, einen Kabinettswechsel anzunehmen, dann jedoch, als er sich über die Finanzlage genügend unterrichtet hatte, plötzlich dankte. Dieser alte Fuchs wachte sofort, daß er sich nur an der neuen Aufgabe wüchsen könnte.

Man hat auch daran gedacht, ihm neben einem Ministerium zweiten Ranges das Generalkonsularat für Elsaß-Lothringen zu geben, wo die Heimatabewegung mächtig aufblüht. Wir könnten nur mit Schadenfreude dem Versuch dieses Vorkommers zusehen, gewissam eine Bewegung zu unterdrücken, die in dem tiefsten und höchsten Recht des Menschen auf die Mutterprache wurzelt. Täglich Hoffnungen, die in unseren Rechtsbüchern geäußert werden, als könnten wir die geringsten Vorteile davon haben, erledigt man mit einer Handbewegung. Die Erinnerung an die kaiserlich-deutsche Verwaltung ist nicht dazu angetan, den Wunsch nach Rückkehr zum Reich zu erwecken. Es rächen sich die Sünden jenes Systems, das in Deutschland mit eigener Folgerichtigkeit zum Umsturz geführt hat. Was die Bevölkerung zwischen Rhein und Waagelen erzieht ist eine Autonomie, und das einzige, was uns mit Genugtuung erfüllen kann, ist die Feststellung der Tatsache, daß der französische Chauvinismus genau so dumm ist, wie der deutsche. Bei der Unbeliebtheit unserer Deutschnationalen wird aber dieses Erkenntnis kaum dämmern. Sie werden weiter nach innen und außen eine Politik treiben, die keine moralischen Eroberungen macht. Die Stellung des Reiches in der Welt hängt nur von der Festigung der Republik ab. Es ist bemerkenswert, daß auch in Kreisen, die sich bisher dieser Schlüsselfrage entzogen haben, der 20. Juni wenigstens soweit gewirkt hat, daß sie die Monarchie nunmehr für endgültig erledigt erachten.

Richard May.

# Bäuerkredit und Bockpreise.

Demokratische Forderungen.

Im Volkswirtschaftlichen Ausmaß des Reichstages fand ein Initiativ-Gesetzentwurf, der von verschiedenen Fraktionen beantragt worden ist über die Erhöhung der Kreditfreibestimmung für landwirtschaftliche Pächter zur Verhandlung.

Abgeordneter Rönneburg (Demokrat) wies darauf hin, daß die demokratische Fraktion schon vor der Jahresfrist auf die besonders schwierige Lage der landwirtschaftlichen Pächter oder Betriebsgrößen aufmerksam gemacht und dringend auch gerade für diese Kreise Kreditmöglichkeiten verlangt habe. Die Demokraten würden dem Entwurf zustimmen und hielten seine schnelle Verabschiedung für geboten. Mit Genugtuung stellte Abgeordneter Rönneburg fest, daß offenbar die Aufsaugungen der Rechtsparteien über die Bedeutung des Pächterinteresses und die Notwendigkeit seiner Erhaltung eine gewisse Änderung zeigen. Besonders wichtig sei es möglichst niedriger Zinssfuß für die Pächterkredite, die durch die hohen Bockleistungen schwerer belastet seien als alle anderen landwirtschaftlichen Betriebe. Auf alle Fälle müsse dafür georgt werden, daß die bäuerlichen Pächter ausreichende Berücksichtigung erfahren. Viel wichtiger als die Kreditbeihilfe sei aber die Festlegung erträglicher Bockpreise, die im Einklang stehen müßten mit der stark geklunten Rentabilität der Landwirtschaft. Die jetzigen Bockpreisforderungen, die vielfach über die Vorkriegshöhe hinausgingen, ständen damit keineswegs im Einklang. Bedauerlicherweise hätten aber die Rechtsparteien bei der Haushaltsberatungen einen demokratischen Stellenwert, um eine Herabsetzung der Bockpreise zu erreichen, abgelehnt. Der demokratische Redner beantragte daher erneut eine Entschiedenheit nach der Reichsregierung ersucht werden soll ihren Einfluß bei allen beteiligten Stellen, insbesondere bei den Organisationen der Pächter für die schwierigen Lage der landwirtschaftlichen Pächter, insbesondere der bäuerlichen Pächter zu einer derartigen Senkung der Bockpreise zu kommen, wie es der jetzigen geringen Rentabilität der Landwirtschaft entspreche. Bei der Abstimmung über diese Entschiedenheit wird sich zeigen, ob auch die Rechtsparteien mehr als schöne Worte für den Pächterstand übrig haben.

## Aus Parlament und Parteien

Es geht nichts über Großzügigkeit. Wer mit Kleingeistern arbeitet, ergibt sich in Nörgerei, die lähmend wirken muß. Einstweilen demokratischen Wählern geben wir für ein Vierteljahr kostenlos unsere Wochenzeitschrift im Probebezug ab. Wir erlauben diejenigen Freunde, denen der Inhalt anderer Blätter zulagt, nimmend das bisher kostenlos bezogene Stück ab 1. Juli auf eigene Rechnung für 50 % beim Postamt zu bestellen.

### Politische Grundbesitzer.

Zum Nachdenken der republikanisch geneigten Hausbesitzer.  
Vom 28. bis 30. Mai war der Verband der sächsischen Grund- und Hausbesitzervereine in Leipzig zur Erledigung organisatorischer Angelegenheiten sowie zum Zwecke eines öffentlichen Protestes gegen die Wohnungswirtschaft und Überbeanspruchung des Steuerdrucks versammelt. Welche Tendenzen die Tagung befruchtete, offenbar hat sich ganz unabweisbar durch Stil und Verlauf der abschließenden Massentendenz

gebung: Die Sprecher der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei ernteten für ihre Begrüßungsanträge kräftigen Beifall, aber als der demokratische Landtagsabgeordnete Jähning (Mitte) mit Grüßen seiner Fraktion den Ausdruck persönlicher Sympathie für die Betretenden des Verbandes vernünftiger, ertönten lebhaftes Schluß- und Mißfallenrufe; im Fortgang der Beräumung wurde Universitätsprofessor Dr. Wolff-Halle durch ähnliche Ausbrüche gezwungen, sein streng sachlich angelegtes Referat über „Wohnungs- und Wohnungswirtschaft“ vorzeitig abzubrechen, und ein Versuch des Präsidenten des Bundesfinanzamtes Leipzig, agitatorisch vorsetzendes Diskussionsmaterial richtigzustellen, blieb gleichfalls auf härteste Opposition. Die Behandlung, die die Berammelten der Hallenser Hochschullehrer hatten angeheben lassen, veranlaßten den bekanntesten Vorlesenden des Zentralverbandes der Hausbesitzer, Stadtrat Hummer-Winkler zu der ironischen Frage, ob man denn den Sinn des Volkstischen Referates überhaupt verstanden habe.

### Unbrauchbar, weil deutsch.

Der „Welt am Montag“ entnehmen wir: Daß der pommerische und mecklenburgische Großgrundbesitzer, obzwar er nationalstiftlich wüßt und die völkische Propaganda finanziert, den deutschen Landarbeiter durch politische Hilfskräfte erzieht, ist bekannt. Zu welchen Konsequenzen das führt, beweist folgendes Zeugnis eines entlassenen deutschen Vorarbeiters:

„Der Vorarbeiter Wilhelm Koch ist seit April 1925 bei mir als solcher tätig und verläßt am 1. 3. 1926 seine Stellung, da ich wieder nur mit Polen arbeiten will und er nicht polnisch sprechen kann. Koch war während dieser Zeit seines Hierseins ein tüchtiger, fleißiger und gerechter Vorkämmerer und hat mit seinen Leuten viel Arbeit geschafft und kann ich Koch als Vorkämmerer sehr empfehlen.“

Adresch bei Certenhof, Amt Stargard.  
gez. Hoffmann.

So wird ein ausdrücklich als tüchtig und fleißig befähigter deutscher Arbeiter auf die Straße gesetzt, weil er in Deutschland nicht polnisch kann! Damit ist ein Gipfel erreicht, von dem die nationalstiftische Heuchelei der durchweg reaktionären Agrarier in ihrem ganzen Umfange zu überbilden ist.

### Der arbeiterfeindliche „Stahlhelm“.

In dem vor kurzem erschienenen Rechenschaftsbericht des Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes vom Jahre 1925 heißt es auf Seite 168:

„Vornehmlich wurden Klagen laut über das Verhalten des „Stahlhelms“, in dem sich erwiesenermaßen recht lebhaft Arbeitgeberinflüsse bemerkbar machten. . . In der Beilage „Standarte“ der Zeitung „Der Stahlhelm“ kommen gewerkschaftsfeindliche Ausführungen recht deutlich und ergiebig zu Wort. Verbandsmitglieder, die sich aufläutern auf die Bundesleitung wandelten, erhielten keineswegs genügende Auskunft. . . Ebenfalls kann zum mindesten gesagt werden, daß der „Stahlhelm“ die Bedeutung, die die sozialen Fragen heute im deutschen Staatsleben haben, nicht klar ist.“

Es ist immehin nicht uninteressant, daß dem „Stahlhelm“ hier von deutschnationalen Arbeitern keine arbeiterfeindliche Haltung nachgewiesen wird. Das ist ein neuer Beweis dafür, daß dem

„Stahlhelm“ wirtschaftliche Fortschritte fernliegen, und daß jene Organisation und die Arbeiter in ihm ganz anderen Zwecken dienbar gemacht worden sollen.

### Steuererleichterungen für die Winzer.

(Maßnahmen des Demokraten Reichhold.)

Der Reichsfinanzminister Dr. Reichhold hat eine Verordnung erlassen, die weitgehende Steuererleichterungen für die Winzer bringt. Der Reichsfinanzminister wies darauf hin, daß er sich damit einverstanden erklärt, daß den Winzern die bisher fällig gewordenen Einkommensteuern, die gekündet waren, auch weiterhin gekündet werden und daß von Zwangsmassnahmen hinsichtlich der rückständigen Steuern abgesehen werden soll. Da sich in der Zwischenzeit die Notlage der Winzer noch weiter verschärft hat, sollen den Winzern, besonders den Klein- und Mittelbetrieblern, in großzügiger Weise geholfen werden. Ein großer Teil der Winzer ist bei der Einkommensteuererleichterung 1924-25 freigestellt worden. Für die nicht freigestellten Winzer sollen die Vertreter der Finanzämter mit Vertretern der einzelnen Gemeinden oder mit sonstigen geeigneten Persönlichkeiten zugehen, um mit ihnen die einzelnen Erleichterungsträger durchzuführen. Sinständig der Vorauszahlungen für 1925-26 wird angeordnet, daß der Erhebung der rückständigen Vorauszahlungen, soweit nicht in einzelnen Fällen ein erhebliches Einkommen festgestellt worden ist, abzusehen und das Ergebnis der Veranlagung für 1925-26 abzuwarten. Bei den Rückständen der Umsatzsteuer soll entgegenkommend verfahren werden. Ebenso soll bei der Behandlung von Erbschafts- und Schenkungsanträgen hinsichtlich der Rentenabzinsen, soweit es sich um Rückstände von Winzern handelt, weitestgehend verfahren werden.

### Beamtenfragen im Haushaltsauschuss.

Der Haushaltsauschuss des Reichstages befaßt sich mit dem dem Reichstagen am Juli vorigen Jahres, der die vierjährige Gehaltsabteilung für die Beamten vorlegte. Die Reichsregierung erhob Einwendungen gegen die Gemeinden und die Reichsbahn, die alle im Gegensatz zum Reich nicht in der Lage seien, die Mittel für die Maßnahmen bereitzustellen. Der Vertreter des Reichsfinanzministeriums verwies auf die Haltung Preussens und verlas Erklärungen der Regierungen von Baden, Württemberg, Bayern und Sachsen, die die Unausführbarkeit der Mittel betonten. Der demokratische Reichstagsabgeordnete Dietrich (Baben) zog daraufhin den ursprünglichen Antrag zurück und brachte eine Entschcheidung ein, die die Einstellung der erforderlichen Mittel in den kommenden Reichshaushaltsplan verlangt. Die Entschcheidung wurde von allen Parteien mit Ausnahme von den Deutschnationalen und den Kommunisten angenommen. Die Kommunisten nahmen den demokratischen Antrag wieder auf und verlangten die Zahlung der Gehaltsrückstände in Vierteljahresraten ab 1. Juli des nächsten Jahres. Der Antrag wurde nimmend von sämtlichen anderen Parteien abgelehnt. Auch die Deutschnationalen stimmten für die Ablehnung des Antrages.

### Süddeutsche demokratische Frauentagung.

Die demokratischen Frauen Münchens haben für den 3. und 4. Juli eine demokratische Frauenarbeitstagung nach München einberufen. Den Ehrenvorsitz hat die Stadträtin Luise Kieselbach, München, übernommen. Frau Kieselbach wird u. a. auch einen Vortrag über soziale, nationale und politische Frauenarbeit halten. Die demokratische Landtagsabgeordnete Frau Martha Döhhoff wird

Dieser gleiche Gedanke findet sich auch in einem tiefen werten Blicke wieder, das als „Verkehrsschulung“ in dem Tagen in Berliner Schulen verbreitet wird. Ein Ingenieur, ein Polizeikommissar, ein Polizeimeister und ein Lehrer haben sich zusammengefunden, um den Kindern in ganz Worten und an vorzeiglichen Bildern die Gefahren des Verkehrs zu schildern. Der Berliner Schulpräsident heißt, daß die Verkehrsschulung dazu beitragen wird, den Kindern zu zeigen, daß der Schulkamerad im Strudel des Verkehrs wirklich ein „Schulmann“ ist. Die Werte und Geschäften sind im einzelnen zwar nicht als Berlin der deutschen Literatur zu bewerten, sie sollen ja auch keinen Vergleich mit Goetheschen Werken aushalten, sondern es soll frisch und lebendig geschilert werden, was sich ergeben kann, wenn man auf dem Gelde herumtastet, und wenn man die Vorhölle als Banknote nutzt. Weiterhin wird die natürliche Feindschaft geschilert, die zwischen dem Koller und der Straßenbahn besteht, und dann wird auch klar gemacht, daß man im eigenen Interesse nicht durch verschlossene Eisenbahnstrahlen Letzten soll, daß für Kreis- und Reitenpiel die geeigneten Orte ausgewählt werden müssen. Die Kinder lernen, wie sich der Fahrgast und wie sich der Fußgänger zu benehmen haben, sie lernen, wie man richtig aus der Straßenbahn springt, und sie lernen weiter vor Augen geführt, daß man nicht auf Leitern sturze und keine herabhängenden elektrischen Drähte berührt. Alle Verkehrsregeln und Belehrungen, die auch die Erwachsene von Vorteil sind, werden schließlich in 7-8 stehenden zehn Geboten zusammengefaßt:

1. Du sollst nicht spielen auf Straßen, wo Wagen fahren!
2. Du sollst nicht auf den Schienen der Straßenbahn spielen!
3. Du sollst nicht blindlings über den Fahrdamm laufen!
4. Du sollst nicht hinter oder neben Wagen herlaufen!
5. Du sollst nicht kurz vor oder dicht hinter Wagen auf den Fahrdamm laufen!
6. Du sollst nicht auf fahrende Wagen auf- oder abspringen!
7. Du sollst dich nicht an die Wagen anhängen und auffahren!
8. Du sollst nicht Obstreste oder Papier auf der Straße fortwerfen!
9. Du sollst dich nicht auf dem Fahrdamm aufhalten!
10. Du sollst nicht schräg über den Fahrdamm laufen!

# Kunst und Leben.

## Knigge auf der Straße.

Eine Verkehrsregel.

Wenn heute der letzte Freiher von Knigge, der den berühmten „Angang mit Menschen“ geschrieben hat, wieder lebendig würde, so würde er sein Buch nicht in der gerühmten philosophischen Tonart abfassen, in der es leinzeit geschrieben hat, sondern er würde garnicht anders können, als den Erfordernissen unserer Tage gerecht zu werden, und es würde zu Aus und Frommen aller dazwischen, die nicht alle werden, ein sehr eindringliches Kapitel darüber schreiben müssen, wie man sich auf der Straße benimmt. Es ist vielleicht das charakteristischste äußere Zeichen unserer Zeit, daß der Verkehr auf den Straßen, nicht nur der Großstädte, eine Steigerung der Zunahme und eine Steigerung der Schnelligkeit erfahren hat, die ohne Beispiel ist. Der Straßenverkehr noch vor 20 Jahren war erheblich geringer als heute und wenn damals schon, wie es heute gemacht wird, statistische Erhebungen über die Intensität des Verkehrs stattgefunden hätten, so würde sich das auch zahlenmäßig beweisen lassen.

Dieser gesteigerte Verkehr ist andererseits zu einer Gefahrenquelle geworden, die heute noch, anscheinend überall in der Welt, unterschätzt wird. Nur ein Beispiel: die Wägen der Vereinigten Staaten hatten im Weltkrieg einen Verlust von 45 000 Toden zu beklagen. In jedem Jahre werden aber in den Vereinigten Staaten von Nordamerika 100 000 Menschen Todesopfer des Verkehrs. Das eine Beispiel zeigt, daß Wege geschaffen werden müssen, um diese Gefahrenquelle zum Wege zu bringen. Diese Verkehrsopfer sind nicht nur in den Vereinigten Staaten unerträglich groß, sie sind in den letzten Jahren auch in Deutschland ständig gewachsen. Die staatlichen Organe haben sich deshalb seit langem bemüht, diese Gefahren zu vermindern. Was die Fragen der Verkehrsregelung und Verkehrsordnung betrifft, so kann man im allgemeinen nicht sagen, daß die Städte dabei immer eine glückliche Hand gehabt haben. Vieles sind dabei Ordnungen auf eine Beschränkung des Verkehrs statt auf eine Regelung hinausgelaufen. In einem aber sind auch die Behörden auf dem richtigen Wege, wenn sie nämlich davon ausgehen, daß der

Schutz der Passanten auf der Straße nicht zuletzt durch eine Erziehungsarbeit geleistet werden muß. Diese Erziehungsarbeit kann auch vor Ermaschinen nicht halt machen, und die Berliner Schutzpolizisten brüden heute denjenigen, der lernen will, das Nötige erlernen kann. Viel wertvoller aber ist die Erziehungsarbeit, die an den Kindern zu leisten ist, und hier hat in der Tat die Berliner Schutzpolizei sehr wertvolle pädagogische Arbeit geleistet, indem sie in den Schulen anhand von Lichtbildern den Kindern die Gefahren der Straße vor



### Abendgefang.

Fugen geführt hat. Allen Ansichten nach hat die Schutzpolizei bei diesen Vorträgen auch den richtigen Ton getroffen. Die Kinder haben sich vor dem Mann in der blauen oder grünen Uniform nicht gefürchtet, sondern die einzelnen Belehrungen mit großem Interesse entgegengenommen. Bei diesen belehrenden Vorträgen hat man davon abgesehen, die Gefahren übertrieben zu schildern, sondern der Grundgedanke war, daß dem geschickten und klugen Kinde auf der Straße nichts passieren kann, während nur das ungeschickte Kind und das Kind, das nicht hören will, in die Gefahr kommt, überfahren zu werden.

über „Politik und Gewinnung“ sprechen. Anmeldungen werden bis zum 29. Juni an die Geschäftsstelle der Deutschen Demokratischen Partei, München, Herzog-Wilhelm-Straße 33 erbeten.

**Demokratische Landesausstellung in Bayern.**  
Am 26. und 27. Juni findet in Nürnberg eine Landesausstellung der Deutschen Demokratischen Partei Bayerns statt. Die Tagung wird mit einer öffentlichen Ehrung für den aus seinem Amte ausgeschiedenen Konrad Weiß, des ersten Vorsitzenden der Deutschen Demokratischen Partei in Bayern, verbunden werden. Die Reichstagsabgeordneten Professor Geck und Medizinalrat Sparrer, sowie Landtagsabgeordneter Eichenbein haben Referate über die Politik im Reich und Land übernommen.

**Hauswirtschaftliche Sommerfeste.**  
In dem Waldorf-Großhansdorf-Schmalbeck bei Hamburg, von Sonnabend, den 3. bis Donnerstag, den 8. Juli. Thema: Hauswirtschaft und Sozialpolitik der Gegenwart. Leitung: Oberlehrer Gries-Samburg, Tagungslokal in Großhansdorf-Schmalbeck, Gartenatal-Tag.  
Sonnabend, den 3. Juli: Begrüßung der bereits eingetroffenen Teilnehmer.  
Sonntag, den 4. Juli: einleitende Vorträge.  
Montag, den 5. Juli: Deutschlands Stellung in der Weltwirtschaft, Senator a. D. Dr. Stübmann.  
Dienstag, den 6. Juli: Wirtschaftspragen der Gegenwart Reichstagsabgeordneter Dr. Ralfsia.  
Mittwoch, den 7. Juli: Der deutschen Sozialpolitik Sein und Werden, Reichstagsabgeordneter Flegler.  
Donnerstag, den 8. Juli: Befähigung der Schenkwirtschaftlichen Hamburgs, u. a. große Saalrundfahrt und Besuch eines Dampfers.

Im Anschluß an die Vorträge findet eine eingehende Aussprache statt. Für die Nachmittage sind je nach Wunsch der Teilnehmer Wanderungen nach besonders schönen Ausflugsorten der Umgebung Hamburgs vorgezogen oder die Besichtigung industrieller Anlagen, Werften u. a. m.  
Der Teilnehmerbeitrag beträgt 5,00 Mark. Der Preisnachlass wird im Höchstfalle 6,- Mark betragen. Auf Wunsch hohen Freiwaren zur Verfügung. Anfragen und Anmeldungen sind an die Deutsche Demokratische Partei, Hamburg, Strandweg 29, zu richten.

**Verordnung über die Bildung von Ertragswertklassen und Rahmenflächen für die erste Feststellung der Einheitswerte landwirtschaftlicher Betriebe.** Vom 14. Mai 1926.  
Für die Feststellung der Einheitswerte landwirtschaftlicher Betriebe werden 21 Ertragswertklassen mit folgenden Rahmenflächen für je einen Hektar aufgestellt:

Ertragswertklasse	Rahmenfläche 4140 RM. bis 4001 RM.	2	4000	3801
1	4000	3	3800	3601
2	3800	4	3600	3401
3	3600	5	3400	3201
4	3400	6	3200	3001
5	3200	7	3000	2801
6	3000	8	2800	2601
7	2800	9	2600	2401
8	2600	10	2400	2201
9	2400	11	2200	2001
10	2200	12	2000	1801
11	2000	13	1800	1601
12	1800	14	1600	1401
13	1600	15	1400	1201
14	1400	16	1200	1001
15	1200	17	1000	801
16	1000	18	800	601
17	800	19	600	401
18	600	20	400	201
19	400	21	200	und darunter.

Berlin, den 14. Mai 1926.  
**Der Reichsminister der Finanzen, J. A. Zarden.**

**35.000 Angestellte gekündigt.**  
Wie mitgeteilt wird, sind in Bayern durch die Arbeitsverordnungs-Massnahmen von Angestellten vorgenommen worden, von denen rund 25.000 Angestellte betroffen worden sind. Auch die neugegründeten, Vereinigten Stahlwerke A.-G. in Westfalen waren der Ansicht, daß in den angeschlossenen Unternehmen den Angestellten zum 30. Juni 1926 gekündigt werden soll. Es kommen in den einzelnen Werken rund 10.000 Angestellte und Beamte in Frage.

**Bildungsfeindliche Wirtschaftsparteiler.**  
Die Wirtschaftspartei hat in dem oben gewählten mecklenburgischen Landtag einen Professor Dr. Wißmann entlarvt. Dieser treuherrliche Schulmeister hat im „Kotzger-Gewerblatt“ ein Programm zur Vereinfachung der Staatsverwaltung veröffentlicht, in dem es u. a. heißt:

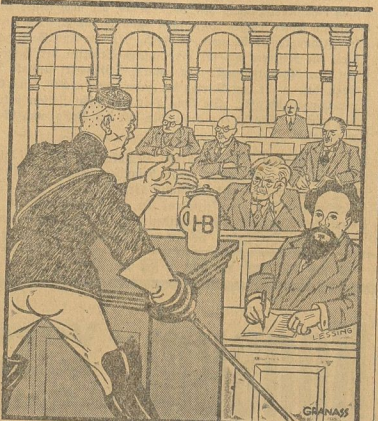
„Auf die Schullasten können bedeutend vermindert werden, selbst Fachleute sprechen immer mehr die Ansicht aus, daß ein achtjähriger, täglich vier bis sechs Stunden Schulbesuch nicht nötig ist, um die Kinder veramerter Arbeiter und Bauern das nötige Lesen, Schreiben und Rechnen zu lehren, wie bis jetzt hundert Millionen hierzulande nötig sind. Mindestens muss es den Eltern selbst überlassen bleiben, darüber abzumitteln, ob sie ihre Kinder darüber hinaus auszubilden lassen können und wollen.“

Die Bildungsfeindlichkeit der Wirtschaftspartei kann nicht besser bemessen werden, als durch diese Äußerung, die weiteste Verbreitung verdient.

**Völkisches Attentat.**  
In Hamburg hatten eine Anzahl völkischer Jünglinge Sprengstoff-Attentate auf kommunistische Unternehmungen ausgeführt und mühten sich aus diesem Grunde vor Gericht verantworten. Unter den Angeklagten befand sich auch

der „Ariadetektiv“ Niedrig, der gegenwärtig eine fünfjährige Justizstrafe wegen Beihilfe am Mord Rathenau verbüßt. Das Gericht gelangte zu der Überzeugung, daß es sich bei diesen Vorkäufen um eine komplette Bande habe. Alle seien bestraft gewesen, Attentate auszuführen. Weil es sich aber hier, um mit dem ehemaligen Reichsjustizminister Kadobrich zu sprechen, um **Ueberzeugungsvorbereiter** handle, sei das Gericht nur in zwei Fällen über die Mindeststrafe hinausgegangen. Der Kaufmannsleiter Schrader erhielt 5 Jahre 6 Monate, der Privatdetektiv Niedrig 5 Jahre 3 Monate, die Handlungsgelhilfen Rothmann, Schwenke und Bredowdt je 5 Jahre Zuchthaus, ein weiterer Angeklagter wurde wegen mangelnder Beweise freigesprochen.

**Völkische unter sich.**  
Im bayerischen Landtag gab außerhalb der Tagesordnung der völkische Abg. Stelzner die Erklärung ab, daß der national-sozialistische Abgeordnete Strelcher ein „gewöhnlichsmäßiger und gewerbsmäßiger Verleumder“ sei. Ferner teilte Stelzner



**Der Fall Leising.**  
Es wäre empfehlenswert, für gewisse Hochschüler einen Lehrtisch für Umgang mit Menschen und Akademische Freiheit einzurichten, wo missliebige Professoren als Hörer immatrikuliert werden.

mit, daß er gegen den national-sozialistischen Abgeordneten Stelcher, der nämlich „lügenhafte Behauptungen“ wie Streicher gegen ihn erhoben habe, Strafantrag wegen Verleumdung erhoben habe.

**Völkische Volksbeglückter!**  
Im thüringischen Landtag hat die Fraktion der Nationalsozialisten einige von ihrem Hängling Arthur Dinter ausgearbeitete Gesetzentwürfe eingebracht, die allen Juden in Thüringen das Lernen und Lehren an staatlichen und kommunalen Schulen verbieten, jüdischen Lesarten die Tätigkeit an Krankenanstalten und Krankenkassen untersagt und weiter die Verleumdung als Richter und Notare fördert. Trägt diese Tätigkeit des Herrn Dinter an sich schon den Verdacht der Väterlichkeit, so wird sie besonders grotesk dadurch, daß zur selben Zeit der Edgyn- und Schirmherr aller Deutschnationalen und nationalen Deutschen, S. M. Wilhelm in Doorn, der die Fähigkeiten seiner Mitmenschen noch noch besser zu schätzen weiß, als der thüringische „Führer“, einen jüdischen Rechtsanwalt mit seiner Interessenvertretung beirät. — Armer Herr Dinter!

**Parteinachrichten**  
**Bezirk Halle.**

**Minister Dr. Schreiber über die innere Lage.**  
Halle. Die Mitglieder des Reichstags der Deutschen Demokratischen Partei in Halle hatten am Vorabend der Abstimmung über den Volkseisenlohn Gelegenheit, ihren Abgeordneten, Herrn Minister Dr. Schreiber, in einem Vortrag über aktuelle politische Fragen und Spannungen zu hören. In groß angelegter und oft von lebhaften Zustimmungsausrufungen begleiteter Rede fand die im Brennpunkt stehende Frage des Volkseisenlohns in ihren Auswirkungen nach der politischen oder negativen Seite hin eingehende Behandlung. Daraus abwegig ist es, zwischen dem Volkseisenlohn über die maßlosen Forderungen und einem Bruch mit dem Grundgedanken „gleiches Recht für alle“ eine Parallele ziehen zu wollen. Die Forderungen selbst hätten sich ja stets außerhalb dieses Grundgedankes gestellt und für sich ein Ausnahmerecht in Anspruch genommen. An dem Warnungssignal mit den 12 1/2 Millionen Stimmen beim Volkseisenlohn seien Reichsregierung und Reichstag leider untätig vorübergegangen. Obgleich es leider auch eine genügende Aufklärung darüber, was das Hohenzollernhaus bisher an staatlichen Zuwendungen und Entschädigungen erhalten habe, unterblieben. An der nunmehr unvermeidlich gewordenen Abstimmung über den Volkseisenlohn aber müssen sich alle, die noch Wert auf die Erhaltung und Ausübung staatsbürgerlichen Rechts legen, beteiligen. Jeder gehe Volkseisenlohn zugrunde liegende Frage mit Ja oder Nein beantwortet. In diesem Sinne sei die vom Reichsvorstand der D. D. P. erfolgte Freigabe der Stimme als

das Richtige und Zutreffende zu bezeichnen. In der Fragefrage ist Millionen und Abermillionen Deutschen Schwarz-Rot-Gold zu einem heiligen Symbol geworden. Soll von einem Kompromiß gesprochen werden, dann gibt es nur eins: Auch die, die heute noch für die Farben Schwarz-Weiß-Rot eintreten, sollen sich endlich Genüge leisten lassen mit dem bereits in Weimar erfolgten und vom ersten Reichspräsidenten gegen den Willen seiner Partei erweiterten Zugeländnis, das aus diesen Farben Abtug entgegenbringt. Eine andere Lösung ist undenkbar.

Die Verammlung dankte Herrn Minister Dr. Schreiber, der dann noch künftige innere politische Entwicklungsmöglichkeiten erörterte, unter jubelndem Beifall für seine Ausführungen, worauf der Vorsitzende, Herr Wimmer, die bedeutungsvolle verlauliche Verammlung schloß.

**Von Dieben und Räubern.**

Nach dem Ergebnis beim Volkseisenlohn müßte es jetzt in der Stadt Halle 53.226 Diebe und Räuber geben, denn mit diesem Titel hatte die Hallische Reichspresse alle diejenigen beehrt, die sich herausnehmen würden, mit Ja zu stimmen. Außerdem hätte diese Presse alle, die überhastet zur Abstimmung gingen, als Menschen bezeichnet, die den Namen Deutsche nicht mehr verdienen. Und nun sind das 55.776 geworden. Also rund gerechnet über die Hälfte der erwachsenen und politisch interessierten Einwohnerzahl Halles. Was ist da zu machen? Nun man tut bei der Reichspresse und auch dort, wo angeblich parteipolitische Feindschaft aus Zweckmäßigkeitsgründen gespielt werden soll, nach dem Volkseisenlohn, als ob nichts gewesen ist. Die Reichspresse bezieht sich logar, auch die von ihr als Diebe und Räuber bezeichneten Hallenser schon 12 Stunden nach dem Volkseisenlohn ausdrücklich, ihre lieben Volksgenossen „zu nennen und daran zu mahnen, deren Erbitterung zu würdigen und nicht weiter zu reizen. Und die sogenannte neutrale Presse macht natürlich ebenfalls wieder in Spezialartikeln wie „Stimmung der Gegenstände“, „Volksgemeinschaft“, und in allen den schönen Redensarten, die zwar zur Genüge bekannt sind, die von ihr aber im Moment praktischer Anwendungsfindlich in das Gegenteil verkehrt werden.

Glaubt man wirklich mit dem möglichst schnellen Aufsehen einer Anschuldigung alles verzeihen machen zu können? Glaubt man wirklich, daß die angeblichen Diebe und Räuber, von denen sehr viele auch den gebildeten Kreisen angehören, sich jetzt sehr geehrt fühlen werden, wenn man sie wieder in Gnaden unter die „lieben Volksgenossen“ aufnimmt? Man täuscht sich! Diesmal ist ein Stachel zurückgeblieben, der tiefer gedrungen ist. Über den Dingen nach gethan hat, weiß, in welche Gefühlsensensitiven Beamte, Geschäftsleute, Angestellte usw. durch einen Fehler gebracht wurden, der die Geheimhaltung der Stimmabgabe gefährdet und die Ausübung staatsbürgerlicher Rechte verhindern sollte. Viele von diesen in abhängiger Stellung stehenden Halleschen Einwohnern haben sich einen Stimmlohn beschaftigt und an einem Ort der näheren Umgebung Halles abgeholt, weil sie in ihrer Heimatstadt nicht abstimmen konnten, wenn sie nicht gesellschaftliche oder wirtschaftliche Nachteile erleiden wollten. Viele erfindungen sich vorher nach der politischen Stellung des Vorwärters ihres Abstimmungsbezirks, um daraus ihre Konsequenzen zu ziehen. Also Zustände, wie sie unwürdiger kaum denkbar sind. Und diese Zustände in einem Lande mit angeblich freiem Wahlrecht — in einer Republik!

Daß dadurch das eingetreten ist, was jeder Gedachte voraussehen konnte, nämlich eine Verfassung der Gegenstände bis zu einem sehr gefährlichen Grade, ist verständlich. Diesen selbst und absichtlich geschaffenen Zustand nun mit einer Anschuldigung und mit sehr durchsichtigen Quasibeweisen befestigen zu wollen, ist verabschiedliches Mißhen. Warum hat man keinen ehrlich ausgelegenen Meinungsstempel gemollt? Weshalb dieser Mißfall in die Zeit der öffentlichen Stimmabgabe im früheren Preußen? Weil das Gefühl der eigenen Schwäche im Lager der Fälscheranbänger diesen taktischen Ausweg als den allein noch offen geliebten anlag, wenn man nicht eine schwere Niederlage erleiden wollte. In dieser Tatsache liegt auch der Wert der Zahl von 55.776 Einwohnern Halles, die trotz allem Terror von ihrem Abstimmungsrecht Gebrauch gemacht haben. Würden sie dafür „Diebe und Räuber“ genannt, nun, dann haben diese angeblichen Diebe und Räuber einen Begriff von Moral und Recht, ohne den weder ein Staat noch ein städtisches Gemeinwesen auf die Dauer bestehen kann.

**„Panzerkreuzer Potemkin“ in Halle.** In der deutschen Film-Zeitungs-Presse einschließlich den Organen des Scherl-Berlages gab es vor einigen Wochen anfänglich der Erläuterung des russischen Films „Panzerkreuzer Potemkin“ in Berlin nur eine Stimme des Lobes. Einzig haltend — general — unübertrassen und häufig lauten die Urteile aus derjenigen Blätter, die sonst dafür bekannt sind, daß sie mit dem Gebrauch solcher Superlativ sehr sparsam sind. Würden hierdurch besonders die Fachkreise auf diesen Film aufmerksam, so erwarte der Kampf der rechtsgerichteten Tageszeitungen gegen den Film folgerichtig das Interesse weiter Volkstreffte. Der wirklich objektive Beschauer geht nach all diesen Urteilen zur Vorführung dieses Filmes in der Erwartung, wohl ein Kunststück, aber doch einen Tendenzfilm gleich den vielen Mistrichauptleuten, nur nach der anderen Seite gerichtet, zu sehen. „Panzerkreuzer Potemkin“ hat bei der Erläuterung am 22. Juni 1926 im Hiesigen Thalia-Saal alle Erwartungen übertraffen. Hier handelt es sich tatsächlich um einen Film, der sich streng an das Historische hält und im Gegensatz zu den bis zum jetzigen Bekannten nationalsozialistischen Filmen frei vom heftigsten Verleumdung ist. Die künstlerische Ausarbeitung des Wertes läßt den Beschauer völlig das Politische vergessen, er erlebt und fühlt mit allen, die in dem Film mitwirken, die große Gerechtigkeit, das unabsehbare Recht, in dem die Matrosen

des „Panzerkreuzer Potemkin“ handeln. Bei einer Kritik dieser Filmhandlung behauptet man sich besser auf die direkte Wirkung, die von dem Werke ausgeht, als auf eine Beschreibung. Denn, was man hier sieht und mitlerweile, läßt sich tatsächlich in Worten nicht schildern. Hier gibt der Film einmal den Beweis, daß er geeignet ist, an richtigen Plagen nicht nur jedes Wort zu ersetzen, sondern Bilder zu gestalten, deren Wirkung durch Worte auszubringen unmöglich ist. Um die Wucht der einzelnen kleinen Szenen, die das Auge in Sekunden in sich aufnimmt, nur einigermaßen zu schildern, müßten Bände geschrieben werden. Der Film ist ein Meisterwerk. Welch Armutszeugnis stellen sich diejenigen aus, die glauben, für das Verbot dieses Films eintreten zu müssen. Es ist bedauerlich, daß die großen Kinotheater in Halle, die der Bevölkerung monatelang Militär- und Kriegsfilme vorgelegt haben, nicht von sich aus diesen hochstehenden Film auf ihren Spielplan legen.

**Bitterfeld.** Die hiesige Ortsgruppe der D. D. P. hielt am 16. Juni ihre Monatsversammlung ab. Nach Erledigung geschäftlicher Angelegenheiten fand zunächst eine Aussprache über den Volksentscheid statt. Die Meinung der Versammlung ging dahin, daß, nachdem das von der D. D. P. angestrebte Kompromiß mit dem Ziel einer annehmbaren Abfindung der Parteien nicht zustande gekommen ist, es den Mitgliedern und Anhängern der D. D. P. überlassen bleiben muß, ob sie beim Volksentscheid mit „Ja“ oder „Nein“ abstimmen wollen. Jeder soll das nach seiner Überzeugung tun. Die Beteiligung an der Abstimmung aber ist eine Ehrenpflicht, die sich kein staatsbürgerliches Recht wahrer Mensch entziehen darf. — Bei einem Bericht über den 7. Beamtentag in Göttingen wurde die Entscheidung zur Flaggentage und das Beamtenprogramm der D. D. P. hervorgehoben. — Der Vorsitzende, Oberdistriktrat Kettel, hielt sodann einen Vortrag über: „Zeitgemähes aus dem Kriegstagebuch Friedrichs III.“ Redner sprach

über die Stellung zur Kaiserkrönung, die Stellung zum Reichstag, die Stellung der Beamten zum Kaiserreich, die Stellung zu Bismarck, die lokale Einstellung und die Urteile über die Berliner Volkszeitung. Es zeigte sich dabei deutlich, daß ein großer Gegensatz zwischen Vater und Sohn bestand. Jeder kam dann das tragische Geschick durch den Tod Friedrichs III. bald nach dem seines Vaters und die Thronbesteigung durch Wilhelm II. Es war dies recht zu bedauern, da Deutschland Stellung zu den europäischen Staaten unter der Regierung Friedrichs III. fassen eine andere gewesen wäre. — Zum Schluß kamen noch verschiedene Schul- und häusliche Fragen zur Sprache.

**Naumburg.** (Mitteldeutsche kommunale Arbeitsberatung.) An Stelle des Staatspräsidenten Prof. Dr. Hummel, der durch eine Reise ins Ausland verhindert war, sprach der demokratische Reichstagsabgeordnete Dr. Heuß, Berlin, über das Thema „Gemeindefiskalpolitik im Rahmen der Volks- und Weltwirtschaft“. Nach wie vor sei die Gemeinde in Volks- und Weltwirtschaft als Kern der Regelung von nachbarschaftlichen Beziehungen in ihrer politischen und wirtschaftlichen Stellung zu betrachten. Der Redner forderte auch eine Korrigierung des Damesplans, der nach seiner Meinung in seiner jetzigen Form nicht durchführbar ist. Die Frage des Finanzanschlusses zwischen Reich, Ländern und Gemeinden hielt der Referent als für die künftige Struktur der Gemeinden sehr bedeutungsvoll. In einem Schlußwort betonte Dr. Heuß, daß es für den Betrieb der Gemeindefiskalpolitik keine Generalanweisung gibt. Sie kann aber auch nicht isoliert betrieben werden. Sie ist eng verbunden mit der Volks- und Weltwirtschaft.

**Merseburg.** Die Deutsche Demokratische Partei hielt kürzlich im „Ratskeller“ eine besonders aus den läublichen Kreisen sehr gut besuchte Versammlung ab. Der Vorsitzende, Kreisamtsrat Dr. Kühnlein, gedachte in ehrenden Worten des Hinführenden der Parteifreunde Generaldirektor Dr. Dejer, Berlin, und Landwirt Hecht, Groß-

gräfendorf. Die Versammlung ehrte den Tod dieser in den Kämpfen der Republik durch Erheben von den Wählern. Nach Erledigung der Vorstandswahl, welche die Wiederwahl der bisherigen Mitglieder ergab, und weiterer innerer Angelegenheiten wurde beschlossen, die Mitglieder aufzufordern, beim Volksentscheid sämtlich zur Wahl zu gehen, um dadurch den Terror der Rechtsparteien zu beseitigen. Es bleibt dabei einem jeden der Wähler überlassen, ob er mit Ja oder Nein stimmen will. Weiter wurde beschlossen, am Sonntag, dem 8. August, eine Verjüngungsfeier in Bad Lauchstädt abzuhalten. Sodann hielt Obersekretär Fuhrer einen Vortrag über den abgehaltenen 7. Beamtentag der Deutschen Demokratischen Partei. Ferner wurde auf Antrag aus der Versammlung folgende Beschlüsse einstimmig angenommen zur Weiterleitung an die Reichstagsfraktion:

1. Der Orts- und Kreisverein Merseburg der Deutschen Demokratischen Partei erklärt erneut in feierlicher Form seine Treue zur Verjüngung, zum republikanischen Staatsgedanken und zu den (schwarzen, roten und goldenen) Reichsfarben. Er lehnt mit aller Entschiedenheit jedes Kompromiß in der Flaggfrage ab.
2. Der Orts- und Kreisverein erachtet die Reichstagsfraktion, bei dem Entwurf des neuen Wahlrechts dahin zu wirken, daß die Vielfalt der Parteien endlich aufhört. Der Orts- und Kreisverein ist mit den fortwährenden Regierungstreifen, die im großen Teil dadurch entstehen, daß sich die Regierungen auf zu viele, stark auseinandergehende Parteien stützen müssen, nicht einverstanden. Die fortwährenden Krisen schädigen das Ansehen und die Autorität jeder Regierung und hindern die fruchtbarste Arbeit zur Besserung der Gesamtwirtschaft.

Verantwortlich für die Redaktion und den Verlag Ludwig Mühl, Magdeburg. Druck: Buchdruckerei Hugo Alpers (Allg. Ztg.), Delitzsch.

**Anzeigen aus dem Bezirk Magdeburg**

**Hotel u. Restaurant „Weißer Bär“**  
Bes. Ad. Thurnagel.  
Windjacken, Brochesosen, Arbeiterbekleidung  
sehr billig nur in  
**PRESSLERS TEXTILHALLE**  
Butterstraße 8.

**Auto-Privat-Fahrschule**  
Ob.-Ing. Val. Bohland  
bildet Kraftfahrzeugführer aller Klassen  
zu kulantesten Bedingungen aus.  
Magdeburg - Wilhelmshaus - Eing. Editharing  
— Eintritt jeder Zeit. —  
Tel. 6354. Tel. 6354.

Billigste Bezugsquelle  
für **Schuhwaren**  
**B. Wolff's** Gelegenheitskäufe  
Schwertfegerstraße 14/15.

**Fernruf 7100**  
In Trauerfällen  
**Carl Ebeling**  
Hauptwache 8/9 am Alten Markt  
Sohrostr. 26, Wilhelmstadt  
**Särge** Elegante Fabrikate  
Solide Preise  
**Ueberführungen**  
m. eig. Leichenautos  
Leichenwäscherin jeder Zeit.

Jüngere  
**Stenotypistin**  
perfekt und zuverlässig, zum 1. Juli  
gejucht.  
Anwerbung unter P. 24 an die Er-  
pedition d. Blattes.  
**Saloufien, Rolläden,  
Fußbodenholzmatten**  
Reparaturen, Reparaturmaterial.  
**Saloufiefabrik Schmidt**,  
gegründet 1871.  
Magdeburg, Heiligegeiststr. 24, Tel. 922.

**Meyer Michaelis**  
Geogr. 1264 Magdeburg Geogr. 1264  
Gr. Marktstr. 16 — Fernspr. 1424  
Günstigste Bezugsquelle  
für Sohle-, Oberleder u. sämtliche  
Schuhmacher-Bedarfsartikel

**Konsum - Verein für  
Magdeburg  
u. Umgeg. E. G. m.  
b. H.**



**Frisches Rindfleisch**  
prima Qualität  
Filet . . . Pfd. 134 Pfg. Roastbeef . . . Pfd. 104 Pfg.  
Rouladen . . . Pfd. 130 Pfg. Gefacktes . . . Pfd. 116 Pfg.  
Schmorfleisch . . . Pfd. 126 Pfg. Rochfleisch . . . Pfd. 94 Pfg.

**Frisches Schweinefleisch**  
in allen Lagern.  
**Wurstwaren in feinsten Qualität.**

**Landhaus Diesdorf**  
Carl Verneke  
Telephon 3746 — Schalliger Garten  
Jeden Sonntag: Gesellschaftsbil

**Hohenzollern-Park.**  
Jeden Dienstag, Mittwoch,  
Donnerstag von 4 Uhr ab  
**Kaffee-Konzert**  
mit  
**Kleinkunst-Bühne.**  
Eintritt frei. Eintritt frei.

**Parkrestaurant Vogelgesang**  
berühmt durch seinen uralten Bau-  
bestand und durch seine wunderbaren  
Rosen- und Dahlien-Anlagen, die  
deutendsten der Provinz.

**Gesellschafts-Ba.**  
**Steinerner Tisch**  
Breiter Weg 94  
**Täglich Konzer**  
Mittags- u. Abendtisch  
im Abonn. 85 Pfg., Gedeck 1,-

**Bücher**  
Gut, billig, prompt  
Buchhandlung Volksstimme

Von der Reise  
zurück  
**Sanitätsrat**  
**Dr. Neuberg**  
Facharzt für Hautkrankheiten  
Breiterweg 159.

**Saizquelle**  
Jeden Sonntag:  
**Konzert**  
Anschließend  
**Tanzkränzchen.**

**Bestellschein.**  
Ich bestelle hiermit . . . . . Exemplare  
„Mitteldeutsche Rundschau“  
für den  
**Monat Juli**  
und bitte den Bezugspreis von 50 Goldpf.  
zusätzlich 6 Goldpfennig Zustellungs-Gebühr  
durch den Briefträger bei mir erheben zu lassen.  
Name: . . . . .  
Wohnort: . . . . .  
Straße: . . . . . Nr. . . . .

An die  
**Postanstalt**

Mecklenburg stirbt am Großgrundbesitz.

Eiöhlung ist Not!

Wenn irgendwo in Deutschland der Fehler gemacht wurde, aus der Lage am Ende des Krieges nicht die rechte Folgerung zu ziehen, dann war es in Mecklenburg. Das erste Kabinett nach der Revolution hat 45 Domänen für den Staat gekauft und hat mit Papiergeld die Landes-Eigentumsverhältnisse gebaut und dennoch wird es beschimpft, daß es das Land ausgeplündert hätte. Es würde, so führt Reichstagsabgeordneter Erkelenz in einer Wähler-versammlung Lübeck aus, nicht beschimpft, sondern geehrt und geliebt, wenn es — gegen Entschädigung — die Hälfte des Großgrundbesitzes getrimmert und dort Bauern angeeignet hätte. Nur 13 Großgrundbesitzer besitzen 60 Prozent des gesamten Bodens in Mecklenburg. Mecklenburg ist dünner bebiedelt als Ostpreußen, dabei holt der Großgrundbesitz noch 20 000 polnische Arbeiter ins Land. Umgekehrt, 30 000 Mecklenburger, meist die Söhne oder Töchter von Bauern, müssen jährlich aus dem Lande abwandern, nach Berlin, nach dem Rheinland. Sie vermehren dort das Heer der Erwerbslosen, vermehren die sozialen Not der Zeit. Die Peinliche des Großgrundbesitzes treibt sie aus ihrem engen Heimatland, treibt sie früher nach Amerika und treibt sie heute in das Land der Erwerbslosigkeit. In Mecklenburg selbst übt der Großgrundbesitz den stärksten geistigen und materiellen Terrorismus aus. Er beherrscht die Presse, beherrscht die Verwaltung. Die Landtagsaufstellung ist nichts weiter als der Versuch, die ein wenig mehr sozial angehauchten Nationalsozialisten auszufiltern, damit der Großgrundbesitz ganz allein herrschen soll. Mecklenburg frant. Mecklenburg stirbt am Großgrundbesitz. Und die Wähler wissen jene es nicht und verstehen es nicht.

Die Not der schlesischen Steinindustrie. Ein demokratischer Antrag.

Die schlesischen demokratischen Abgeordneten Hermann (Breslau), Schmijan und die übrigen Mitglieder der preußischen Landtagsfraktion der Deutschen Demokratischen Partei haben folgenden Antrag eingebracht: Die schlesische Flusstein- und Schotterindustrie, in der rund 10 000 Arbeiter beschäftigt sind, befindet sich infolge der Friedensvertragsbestimmungen in großer Notlage. Während vor dem Kriege die feinsten Provinzen Polen und Westpreußen sowie das industriell aufstrebende Oberschlesien erhebliche Mengen der schlesischen Förderung abnahmen, sind diese Märkte zurzeit völlig versiechelt. Die früher vorhandenen Absatzmärkte für Wegebauobjekte aus Naturgestein sind ab 1. August 1925 durch die Reichsbahn um 23 Prozent erhöht worden. Durch Lohnsteigerungen, steuerliche und sonstigen Auflagen ist eine wesentliche Steigerung der Produktionskosten eingetreten. Damit schwindet die Möglichkeit, gegenüber der unter günstigeren Produktionsverhältnissen (geputzte Schiffsräucher usw.) arbeitenden schlesischen Flussteinindustrie die bereits im Jahre 1925 rund 175 000 Tonnen Flussteine nach Deutschland eingeführt hat, in Wettbewerb zu treten. Stilllegungen der Betriebe und Arbeiterentlassungen wären die unmittelbare Folge. Der Landtag wolle beschließen: Das Staatsministerium wird ersucht, auf die Reichsregierung einzuwirken, daß bei den gegenwärtigen deutsch-schwedischen Handelsvertragsverhandlungen die berechtigten Interessen der schlesischen Steinindustrie in dem Umfange gewahrt werden, daß Arbeiterentlassungen und Lohnherabsetzungen vermieden werden.

Gegen die Schädigung des Gewirtzgewerbes. Die demokratischen Abgeordneten Herrmann (Breslau), Schmijan, Gall, Soury, Knieht und die übrigen Mitglieder der Fraktion der Deutschen Demokratischen Partei haben im preußischen Landtag folgenden Antrag eingebracht: „Für die Provinz Niederschlesien besteht auf Grund einer Polizeiverordnung seit dem Jahre 1922 ein das Gewirtzgewerbe schwere schädigendes, einschränkendes Ausschankverbot, das in den damaligen politischen und wirtschaftlichen Verhältnissen keine Begründung fand. Die veränderten Verhältnisse rechtfertigen eine weitere Aufrechterhaltung dieser Einschränkung nicht mehr. Seitens des Ministeriums des Innern ist bislang nur die Einschränkung ergangen (1920), noch weitergehende Einschränkungsverordnungen aufgehoben worden. Die aus dem Jahre 1922 (15. Dezember 1922) kommende Polizeiverordnung blieb in Geltung. Der Landtag wolle deshalb beschließen: Das Staatsministerium wird ersucht, das Ministerium des Innern zu veranlassen, insbesondere unter Berücksichtigung des Umfanges, daß durch einen vom Landtage angenommenen Antrag Maßnahmen des Staatsministeriums zur Beseitigung der Not der schlesischen Fremdenindustrie gefördert werden soll, namentlich auch die Polizeiverordnung vom 15. Dez. 1922 aufzuheben.“

Hauszinssteuer und Deutschnationale Volkspartei Von dem demokratischen Reichstagsabgeordneten Gustav Schneider wird ausgeschrieben: „Bei der großen Steuerreform des Jahres 1925, die von dem deutschnationalen Finanzminister von Schlieffen, (dem fünftägigen Präsidenten des Landesfinanzamtes Sachsen (Magdeburg) D. K.), vertreten wurde, ist auch die Frage der Hauszinssteuer geregelt worden. Die demo-

Streiflichter aus dem Stadtparlament.

Eine neue Verleumdungsaktion der Völkischen gegen die Stadtverwaltung — Völkische Helben und Judenknächte — Für einige Großen die Ehre der Mitbürger und das Ansehen der Stadt in den Schmutz gezogen.

Magdeburg, 25. Juni 1926.

Die Stadtverordnetenversammlung am Mittwoch war der Schauplatz eines wilden Tumults, zu dem das fanatische Verhalten der völkischen Mitglieder des Stadtparlaments die Ursache gab. Aus der Vorgeschichte möchten wir unseren Lesern folgendes mitteilen: Der frühere Direktor der Miama, Bieger, hatte an die Staatsanwaltschaft eine Denunziation gegen ein Mitglied des Magistrats, zwei Stadtwärterinnen und einem früheren händischen Beamten gelangen lassen, in der er sie der Bilanzverschönerung und des Betruges beschuldigte, weil sie angeblich beim Abschluß der Miama eine falsche Vermögensaufstellung aufgestellt haben sollen, durch die Bieger, der mit Gemeinderatungung angeklagt worden war, geschützt worden sei. Tatsache ist nur, daß Bieger als Direktor der Miama die Bilanz leicht aufgestellt hatte und daß er von der Ausschussungsgesellschaft bei seinem Ausscheiden eine angemessene Abfindung erhalten hatte, weil zur Zeit der Anklage eine einwandfreie Vermögensaufstellung nicht möglich war. Eine falsche Berechtigung besaß Bieger für sein Vorgehen also nicht. Wie sein weiteres Verhalten aber bemerkt, kam es Bieger aber gar nicht darauf an, durch das Gericht die Berechtigung seiner Ansprüche nachprüfen zu lassen, er benutzte vielmehr die Tatsache, daß die Magdeburger Staatsanwaltschaft pflichtgemäß ein Ermittlungsverfahren einleitete, um die Richtigkeit der gegen einzelne Mitglieder der Stadtverwaltung erhobenen Beschuldigungen nachzuprüfen, um daraus

für sich Kapital herauszuschlagen im wörtlichen Sinne des Wortes, indem er, wie sein Parteifreund Mann in der Stadtverordnetenversammlung einwand, an wühlerischen Zeitungen Deutschlands eine Sentenzschrift veranlaßt, die er sich Verjährung ausbedung.

In der Tat ist in einer ganzen Anzahl deutscher Zeitungen die Bieger'sche Notiz, die von einem Ausstellungskandal in Magdeburg sprach und die hiesigen Verächtigungen gegen verdienstvolle Mitglieder der Stadtverwaltung als erwiesene Tatsachen hinstellte, erschienen.

Für wenige Großen Gewinn hat sich dieser Mann bereitzustellen, die Ehre einer Reihe von Mitbürgern und das Ansehen der Stadt zu verschandeln.

Diesem völkischen Helben war es ganz einerlei, von wem er seinen Judaslohn erhielt. Er bot seinen Schandartikel den von ihm und seinen völkischen Parteifreunden so oft geschmähten „Judenblättern“, wie dem „Reichs-Tageblatt“ und der „Völkischen Zeitung“ genau so bereitwillig an wie den Wärrern seiner Richtung, die selbstverständlich nur zu gern auf diesen letzten Panzern anhielten, da Bieger zugleich mitteilte, daß die völkische Fraktion der Stadtverordnetenversammlung in der nächsten Stadtverordnetenversammlung den Magistrat in der nächtigen Angelegenheit interpellieren wollte. Nur die „Judenblätter“ beoachteten die selbstverständliche journalistische Pflicht, sich vorher über die Tatsachen zu erkundigen und unterliegen die Veröffentlichung, als sie von der Unfabrik der Quelle, aus der diese Nachricht stammte, Kenntnis erhielten.

Daß die völkische Fraktion der Stadtverordnetenversammlung mit großem Behagen die schmutzige Handlungsweise Biegers verfolgte ist bei ihrer Mentalität nur zu begrifflich. Die Mittel sind ihr vollkommen, wenn sie dazu dienen, die Ehre ihrer Mitbürger, soweit sie nicht an ihrem Strange steht, und das Ansehen der Stadtverwaltung mit Schmutz zu besudeln. Ihr Führer, der seitdem bekannte Stadtrat Mann, hat ja darin schon Erfordernis geleistet. Eine ungeheure Erregung bewirkte sich der Vernehmung, als Mann die Stirn hatte, an den

Magistrat die Anfrage zu richten, ob er bereit sei, Auskunft darüber zu geben, ob es richtig sei, daß von der Staatsanwaltschaft ein Betrugsverfahren gegen die oben erwähnten Mitglieder der hiesigen Körperschaften eingeleitet sei. Seine Ausführungen, die von geistlichen persönlichen Ausfällen gegen die erwähnten Angehörigen der Stadtverwaltung, die in ungenügender Weise für das Wohl der Stadt gewirkt haben, seien ständige Entkräftungsmaßnahme in der Vernehmung aus. Der Anwalt nahm derartige Formen an, daß der völkische Sprecher wiederholt in Gefahr geriet, für sein an gewerbemäßige Ehrsucherei grenzendes Verhalten eine körperliche Züchtigung zu erhalten. Nur mühsam konnte der Vorstehende Aussetzungen verhindern, bei denen es nicht nur dem Stadtrat Mann, sondern auch seinen Fraktionsfreunden, die ihren Führer an Anonymismus und Dreifigkeit in Zwischenreden noch zu übertrumpfen suchten, sehr übel ergangen wäre.

Oberbürgermeister Weiss gab eine Erklärung ab, in der er zum Ausdruck brachte, daß er es ablehnen möchte, in ein schwebendes Verfahren eingreifen. Von der Einleitung eines Betrugsverfahrens könne jedenfalls keine Rede sein. Die Staatsanwaltschaft habe lediglich den Magistrat auf die Bieger'sche Denunziation hin um Auskunft über den wirtlichen Sachverhalt erudiert und die ist erteilt worden.

Der Oberbürgermeister erklärte weiterhin, daß er voll für die von den Völkischen verdächtigten Mitglieder der hiesigen Körperschaften eintrete, da die Führung der Geschäfte der Miama durch sie jeder Kritik des Magistrats handgehalten habe.

Die Sprecher der anderen Fraktionen, von den Rechtsparlamenten bis zu den Kommunisten, geißelten in ihren Erklärungen nachdrücklich das Vorgehen der Völkischen, die wieder einmal den traurigen Ruhm erungen haben, dem Ansehen ihrer Vaterstadt durch ihre Verleumdungen einen schweren Schaden zugefügt zu haben.

Einen für die Völkischen sehr peinlichen Ausgang nahm die Aussprache über ihre Anfrage insofern, als der Stadtrat Mann, indem er den völkischen Stadtrat Scheidner, der ebenfalls die Anfrage über den Kandal, bezüglich der Ausstellungskandal mit unterschrieben hatte, bezüglich der Frage richtete, die diesen in schwere Verlegenheit brachte, Blumhofen wollte wissen, warum Scheidner kurz vor dem Kriege aus dem Volksschuldiener mit halbem Gehalt entlassen worden sei und unter welchen Umständen er nach der Revolution wieder eingestellt worden sei. Scheidner machte einige Ausflüchte. War eine weitere Anfrage bezüglich Stadtschulrat Böcker, das die Schuldeputation und der Magistrat gemeinsam an das Ministerium eine Eingabe gerichtet hätten, in der sie die Entsetzung Scheidners aus dem Magdeburger Volksschuldienerteinstellung, weil eine Wiedereinstellung in den Schuldienst nach der Revolution unter falschen Voraussetzungen erfolgt sei.

Leider verhinderte der Oberbürgermeister weitere Mitteilungen aus der Bezugsangabe Scheidners mit der Begründung, daß aus den Personalakten Mitteilungen in öffentlicher Sitzung nicht gemacht werden dürfen.

Wenn es den Völkischen wirklich ernstlich darum zu tun wäre, ungeladene Mitglieder der hiesigen Körperschaften an den Pranger zu stellen, dann brauchen sie nur in ihren eigenen Reihen Umfuh zu halten. Sie dürften ganz ohne Zweifel noch manchen finden, der nicht würdig ist, das Exerament eines Stadtwärters zu sein. Wie dürfte dann freiwillig von dem völkischen Rumpfkammerkollegium nicht übrig bleiben.

trastischen Vertreter im Steuerausfluß waren damals sehr nachdrücklich für eine Begrenzung der Hauszinssteuer auf den 31. März 1927 eingetreten und hatten beantragt, daß die Hauszinssteuer lediglich zum Zwecke des Wohnungsbauverwendet werden sollte. Die damaligen Regierungsparteien, vor allem aber die Deutschnationale Volkspartei, haben diesen Anträgen auf das lebhafteste widersprochen und sie schließlich niedergestimmt. Die Steuerreform des Jahres 1925 wäre der geeignete Zeitpunkt gewesen, um im Rahmen des Finanzausgleichsgesetzes die Hauszinssteuer in dem von der demokratischen Fraktion vorgeschlagenen Sinne zu regeln. Bei den großen Mitteln, die der Reichstag damals zur Verfügung hatte, hätte sich der Weg finden lassen, den Ländern und Gemeinden als Ersatz für den für allgemeine Länder- und Gemeindefortschrittende Teil der Hauszinssteuer andere Einnahmesquellen zu erschließen. Das hat die Deutschnationale Volkspartei damals mit Entschiedenheit abgelehnt.

Nachdem sie inzwischen aus der Regierung ausgetreten ist, nimmt die Deutschnationale Volkspartei aus erheblichen Agitationsgründen die von den Demokraten gestellten Anträge auf, obwohl sie ganz genau wissen muß, daß eine Verringerung der Hauszinssteuer nur im Rahmen des Finanzausgleichs geregelt werden kann. Länder und Gemeinden haben sich auf die Einnahmen aus der Hauszinssteuer eingerichtet und können unmöglich mitten in dem Etatsjahr eine Verringerung ertragen. Obwohl die Deutschnationale Volkspartei das genau weiß, stellt sie weitgehende Anträge auf Ermäßigung der Hauszinssteuer, die, wenn sie angenommen werden würden, Länder und

Gemeinden in schwere Finanznöte stürzen müßten. Das geht ja auch daraus hervor, daß die Deutschnationale Regierung in Württemberg von der Möglichkeit des Finanzausgleichsgesetzes, weitgehende Ermäßigung der Hauszinssteuer einzutreten zu lassen, keinen Gebrauch macht. Trotzdem ist gerade der Reichstagsabgeordnete Siller aus Württemberg der Vorkämpfer für die demagogischen Anträge der Deutschnationalen Volkspartei. Er sollte durch die Landesfinanzen keine Mühen kennen, daß ohne Schädigung der Landesfinanzen eine Mindererhöhung durchführbar sind. Von solchen Bemühungen des Abgeordneten Siller hat man bisher noch nichts gehört. Dagegen vermag er, die anderen Parteien, insbesondere die demokratische Partei, für die gegenwärtige Gestaltung der Hauszinssteuer verantwortlich zu machen. Es muß daher mit aller Deutlichkeit festgestellt werden, daß gerade die Deutschnationale Volkspartei in den Steuerberatungen des Jahres 1925 die demokratischen Anträge zur Hauszinssteuer, die eine gerechte Regelung herbeigeführt hätten, bekämpft und niedergestimmt hat.

Die Futtermittel-Zollfrage. Die Einleitung einer Untersuchungskommission gefordert. Die Hauptversammlung des Verbandes der Rindvieh- und Schweinemäher Niederschlesien hat an die Reichsregierung eine Untersuchung gerichtet, in der alle Befreiungen zurückgewiesen werden, die sich gegen die differenzierte zolltarifliche Behandlung der Futtermittel richten. Den zuständigen Reichsminister ist der Vorfall unterbreitet worden, eine Kommission zu ernennen, die die

besondere Lage der Rindvieh- und Schweinefleischgebiete Norddeutschlands untersuchen soll.

**Der Zweihundertmillionenkredit für Kleinwohnungen.** Reichsarbeitsminister Brauns hat u. a. die demokratische Reichstagsabgeordnete Frau Dr. Marie Elisabeth Wäders dem Reichsrat als Mitglied für den Ausschuss vorgeschlagen, der die bautechnischen Grundzüge für die mit dem Zweihundertmillionenkredit zu bauenden Kleinwohnungen festlegt.

**Ein gewaltiger Fortschritt in der Volksernährung.** Man war bisher immer der Ansicht, daß Schweine in Ost- und Westdeutschland in ganz großem Maßstabe infolge der Krankheits- und Seudengefahr bei den sehr empfindlichen Schweinen nicht möglich oder doch nicht empfehlenswert sei. Der Fabrikbesitzer Kallin in Leobitzsch in Oberschlesien hat nun das Gegenteil bewiesen. Ausgehend von dem Gedanken, daß er die etwa 35 000 Zentner Abfälle im Jahr aus seinen Malzereibetrieben rationeller verwerten könne, wenn er selber Schweine züchtet, als wenn er sie verkauft, schuf er in zwei Jahren eine Schweinefarm größten Stils. In seinem Betrieb werden auf einem Acker von etwa 25 Morgen Größe 5 000 Schweine gehalten und gemästet, ohne daß bisher nennenswerte Verluste durch Krankheiten entstanden wären. Prinzip der Fütterung ist Abkürzung der fettsäurehaltigen Tiere, die in ganz leichten Ställen und möglichst viel im Freien gehalten werden. Mit seiner Methode kann der Züchter dieses Interesses monatlich etwa 1 200 Zentner Schweinefleisch an den Markt bringen. Er verdient dabei nach seinen eigenen Angaben etwa 30 Mark pro Zentner, d. h. also ca. 40 Prozent des Großhandelspreises, der momentan um 75 Mark schwankt. Eine derartige Produktionsweise ist aber für die Rentabilität keineswegs erforderlich. Bedenkt man nun, daß es in Deutschland einige Hundert Mälzereien und Brauereibetriebe gibt, die unter gleichartigen Bedingungen Schweine züchten könnten, so ist nicht einzusehen, warum nicht schon längst das Leobitzscher Beispiel Nachahmung gefunden hat.

### Parteinachrichten. Bezirk Magdeburg.

**D. D. P. (Geheimführender Ausschuss).** Sitzung am Montag den 28. Juni, abends 7 Uhr, in der Geschäftsstelle.

**D. D. P. (Stammklub).** Dienstag, den 29. Juni, abends 8 Uhr, Hotel „Reicher Bier“, Weinstraße 6, Mitglieder und Freunde herzlich willkommen.

**Dr. Hummel 50 Jahre alt.**

Der demokratische Reichstagsabgeordnete im Wahlkreis Magdeburg, Prof. Dr. Hummel wurde am verflochtenen Dienstag 50 Jahre alt. Die demokratischen Vertrauensmänner des 10. Wahlkreises haben ihrem bewährten Führer, der 31. in England weil, aus herzlichster gratuliert. Erken hat ein Politiker sich so schnell die Sympathie der Wähler erworben, als der frühere badische Staatspräsident. Bei den demokratischen Wählern und den Organisationen genießt Herr Dr. Hummel volles Vertrauen. Er wird überall im Wahlkreis mit Freuden aufgenommen und seine überzeugende wirtschaftspolitische Vorträge finden stets lebhaften Anklang. Die Demokraten sind stolz auf diesen Mann, der sich so viel Verehrung und Beliebtheit erfreut. In persönlicher, wie auch in wirtschaftlicher und politischer Beziehung ist er eine durchaus überzeugende Persönlichkeit.

Dr. Hummel wurde am 22. Juni 1876 im badischen Schwarzwald geboren, und beschäftigte sich fröhlich mit den Ingenieurwissenschaften, Chemie und Mineralogie. Er trat dann nach abgelegtem Examen in den Staatsdienst und widmete sich eifrig der Politik, ohne das wissenschaftliche Studium zu vernachlässigen. Das Jahr 1905 bereistete ihn als zweiten Vorsitzenden der Badischen Volkspartei, wie sich die Vorläuferin der Demokratischen Partei damals nannte. Hier kämpfte er mit Heimburger, Müller, Bredner gegen das Zentrum, Merkelsismus und Reaktion. Der Politik des Wohlstands will er zum Siege verhelfen. In Obers- und Unterbaden steht man in dem jungen Volksparteiler den kommenden Mann. Im Jahre 1909 ist er badischer Landtagsabgeordneter für den Wahlkreis Hornberg-Triberg. Unermüdet arbeitete er an dem Ausbau der Organisation und an einer Verbandsbildung für einen eigenen Liberalismus. Mitten in der Arbeit ruft das Vaterland. Er erfüllt seine Pflicht, tritt als Freiwilliger in die Artillerie ein. Dient dem Vaterland während des ganzen Feldzuges und wird mehrfach verwundet. In der Revolutionzeit setzen ihn als Organisationsleiter der badischen freiwilligen Truppen. Es ist sein Verdienst, wenn in Baden trotz der Ereignisse von 1918 Ruhe und Ordnung wenig getrübt wurden. Bei Umbildung der badischen Regierung im Jahre 1919 übernahm Dr. Hummel das Unterrichtsministerium. Im Verlaufe seiner dortigen Tätigkeit hat er seine Stellung zu Schul- und Bildungsfragen wiederholt unabweisend in freiwirtschaftlichem Sinne zum Ausdruck gebracht. Er innerer ist nur an die Tatsache, daß er im Jahre 1920 die badische Landesparlamentarierkonferenz einberief, also zu einem Zeitpunkt, wo noch kaum in anderen Ländern endlich an eine derartige, umfassend angelegte Kulturtagung gedacht werden konnte. Im Jahre 1922 wurde Dr. Hummel zum Staatspräsidenten gewählt. Er trat später in den Verwaltungsrat der Welfenfirma, „Badische Maschinen- und Sodafabrik“ in Ludwigsfelde ein. Die Technische Hochschule in Karlsruhe ernannte Dr. Hummel wegen seiner großen Verdienste zum Ehren doktor. Wir möchten bei dieser Gelegenheit noch auf eines hinweisen. Dr. Hummel sieht aus dem Staatsdienst aus. Ihm stand eine angemessene Pension zu. Und was ist dieser Demokrat? Er verzichtet auf alle finanziellen Versorgungsansprüche. Diese Unegoistikalität verdient besonders hervorgehoben zu werden; weil der Pensionsanspruch des früheren Ministers Schiele noch heute Tagesgespräch ist. Schiele war einige Monate Minister, für ihn verordnete man einen Pensionsanspruch. Dr. Hummel war mehrere Jahre Minister — er verzichtet auf jegliche Versorgung. So handeln Demokraten!

Im deutschen Reichstag ist Dr. Hummel ein sehr angesehenes Mitglied, er arbeitet fleißig in den Ausschüssen mit, und wendet sich hauptsächlich den wirtschaftlichen Fragen zu. Wir entbieten diesem vorbildlichen Politiker nachträglich unsere herzlichste Gratulation!

Nach Versailles Muster.



„Wir sind großmütig, Herr Adh e Krim. Sie dürfen Ihre Kriegsschulden in 62 Jahresraten abtragen!“ (Le Canard Enchaîné.)

**Bejorgte Seelen!** Der Austritt des Reichshauptpräsidenten Dr. Schadt aus der D. D. P. läßt gewisse Kreise, vor allem aber die Reichspresse, nicht zur Ruhe kommen. Die Herrschaften sind sehr bejorgt, um die demokratische Partei. Den Lesern der Reichspresse fällt schon dieser Eifer auf. Als die Abgeordneten Dr. Wendt, v. Karstorf, v. Dewitz, Graf Kanitz, Minister a. D. Düringer, Dr. West u. a. schamlos verurteilt wurden, konnte man im deutschnationalen Blätterwald allgemeines Schweigen beobachten. Nur die volksparteiliche Presse u. a. auch die Magdeburgerische Zeitung jubelte. Als aber die Dr. Quack, Maritz, v. Kemlich, Dr. Vert ihre eigene Wege gingen, begann im volksparteilichen Blätterwald der Scheltenschaubau über die Daunungsläusen zu zünden. Da domerte die liberale Seite. Nur eine Ausnahme machte man bei Frau v. Oheimb, sie hat man weggelassen. Die bejorgten Seelen von rechts haben sich an dem fatten Wissen, der von den Demokraten abgefallen ist, nicht satt essen können, sie haben bis heute noch nicht den Mut aufgebracht, ihren Lesern die gräßliche Fretführung im Falle Schadt einzugehen. Das ist das System der vornehmen nationalen Presse, durch Verschweigen und Hintertreiben die Wahrheit dem eigenen Leserkreis vorzuenthalten.

#### Die Deutsche Volkspartei gegen das Wahlgeheimnis.

Die Deutsche Volkspartei Magdeburg-Anhalt hatte zum Volksentscheid am 20. Juni eine Erklärung erlassen, in der es u. a. hieß: „Diejenigen aber, die ohne Hintergedanken ein ehrliches „Nein“ sagen, bleiben am Wahltag zu Haus und bekommen keinen Strich in der namentlichen Wahlliste. Der Schleier des Wahlgeheimnisses ist also diesmal gelüftet. Und das ist gut so!“ Und so was — nennt sich die Partei der Liberalen. Arbeitnehmer und Beamte können zu einer Partei, die so offen das Wahlgeheimnis preisgibt, kein Zuvertrauen haben. Von Liberalismus keine Spur; trotzdem man nennt sich „Volkspartei“.

Emil Hermis f. Nach langen, schwerem Leiden verstarb unser Mitglied, Herr Eisenbahn-Oberinspektor i. R. Emil Hermis. Die Deutsche Demokratische Partei wird dem Verstorbenen ein dauerndes Andenken bewahren.

**An die Organisationen der Deutschen Demokratischen Partei.** Wir ersuchen alle Ortsgruppen, alle Verbandsleitungen aller Art in unserer Wochenchrift bekannt zu geben und über den Verlauf dieser Zusammenkünfte zu berichten. Jeder Demokrat muß für den Bezug unseres Blattes gewonnen werden. Probenummern auf ein Vierteljahr völlig kostenlos.

**Demokratische Jugend, Magdeburg.** Freitag, den 2. Juli, abends 8 Uhr: Sportabend — Jugendheim.

**Zünftler Deutscher Getreidehandelsstag in Magdeburg.** Der Termin des fünften Deutschen Getreidehandelsstages in Magdeburg ist auf den 27. August 1926 festgelegt worden.

#### Deffentliche Mahnung zur Steuerzahlung.

Alle Steuerpflichtigen, welche die nachstehenden, im Steuerkalender für Juni (Magdeburger Anzeigerblatt Nr. 23) näher erläuterten, am 15. Juni fällig gemessenen Steuern und Gebühren noch nicht entrichtet haben, müssen diese bis spätestens zum 28. Juni d. Js. an die zuständige städtische Steuerfahle gezahlt haben:

1. Gemeindesteuer nach der Lohnsumme für Juni.
2. Grundvermögenssteuer (staatliche und kommunale) für Juni, außerdem die Unterhaltsbeträge von 180 auf 200 Prozent für April bis Juni.
3. Hauszinssteuer für Juni (19ah)
4. Kanalgebühren für April bis Juni.
5. Hundesteuer für April bis Juni.

Außer der Schulsumme ist für jeden Teil der Fälligkeit angefangenen halben Monat der gesetzliche Verzugszuschlag in Höhe von 4 Prozent zu entrichten.

Nach Ablauf der Frist soll die Steuerfahle nicht Verzugszuschlägen und Gebühren unverzüglich zwangsweise beigetrieben werden.

**Gr. Ammensleben.** Ludwig Jint f. Am 12. Juni verstarb ganz plötzlich der Landwirt Ludwig Jint. Er gehörte zu den eifrigsten Mitgliedern des Vereins für Sielung und Pachtung. Als aufrechter Republikaner stand er der demokratischen Partei besonders nahe. Die Republikaner werden das Andenken dieses fleißigen Freundes in Ehren halten.

### Soziales

#### Der Stand der Invalidenversicherung.

Das Reichsarbeitsministerium hat dem Sozialen Ausschuss des Reichstags eine Denkschrift über den Stand der Invalidenversicherung überreicht, aus der hervorgeht, daß bei dem Steigen der Renten für das Jahr 1926, falls nicht eine gebesserte Wirtschaftslage höhere Beiträge erbringt, mit einem Ueberschuß nicht mehr zu rechnen ist. Im Jahre 1927 wird bei gleichbleibender Wirtschaftslage die Beitragssumme zur Deckung der Ausgaben nicht mehr ausreichen.

**Beamtenversicherungsverein des Deutschen Bank- und Bankiervereins.** Die ordentliche Generalversammlung fand am Sonntag, den 13. Juni 1926, unter zahlreicher Beteiligung in der Börse zu Berlin statt. Der Jahresbericht zeigt eine außerordentlich günstige Lage der Kasse. Das Vermögen ist im Berichtsjahr um über 16 Millionen Mark gestiegen und beträgt jetzt rund 40 Millionen Mark. Die Zahl der Versicherten belief sich Ende 1925 auf 57 310, daneben laufen 212 153 beitragsfreie Versicherungen; an Ausgeborenen und Hinterbliebenen-Renten wurden über 1 700 000 Mark bezahlt. Von den im Berichtsjahr beantragten Heilverfahren wurden 83 Prozent genehmigt und hierfür rund 460 000 Mark ausgegeben. Eine vom Deutschen Bankbeamtenverein eingereichte Entschädigung, welche einen weiteren Ausbau des Heilverfahrens und eine Erhöhung des täglichen Zuschusses fordert, fand einstimmige Annahme; daselbst geschah mit einer zweiten von der gleichen Organisation vorgeschlagenen Entschädigung, nach welcher die vor dem 1. Januar 1924 gezahlten Beiträge eine höhere Aufwertung erfahren sollen. Für die Wahl zu den leitenden Körperschaften (Vorstand, Schiedsgericht und Rechnungsprüfung) war von der Arbeitgebergruppe nur eine Liste eingereicht, die infolgedessen ohne weiteres ausgewählt galt. Für die 30 den Angestellten vorbehaltenen Sitze wurden vom Deutschen Bankbeamtenverein 24, vom freigewerkschaftlichen Allgemeinen Verband 4, vom Oberbeamtenverein 1 und vom Deutschnationalen Handlungsgehilfenverband ebenfalls ein Vertreter gewählt.

#### Zollpolitischer Zwischenakt.

**Gewerkschaften fordern Beibehaltung der „ermäßigten“ Zölle.**

Das vom Reichstag am 17. August 1925 verabschiedete Gesetz über Zolländerung hat eine große Reihe Positionen des alten Zolltarifsgebiets vom 25. Dezember 1902 mit der Maßgabe geändert, daß die sogenannte „keine Zollsenkung“ mit dem 31. Juli 1927 wieder außer Kraft treten soll. 25 Positionen (alles Lebensmittelgüter) wurden befristet bis zum 31. Juli dieses Jahres mit einer gewissen Ermäßigung eingeführt. Nach Ablauf dieser Frist, also am 1. August 1926, würde die „erhöhten“ (autonomen) Sätze des Zolltarifs vom 17. August 1925 oder 25. Dezember 1902 bei der Einfuhr der betreffenden Waren nach Deutschland wieder erhoben werden. Die bis zum 31. Juli 1926 gültigen „ermäßigten“ Tarife für die verschiedenen Lebensmittel sind im vorigen Jahre von der Reichsregierung selbst mit Rücksicht auf die unter der allgemeinen Not besonders schwer leidenden Verbraucherschaft begründet worden. Die „erhöhten“ (autonomen) Zölle übersteigen teilweise die jetzigen „ermäßigten“ Sätze um mehr als 100 Prozent.

Die drei Spitzengewerkschaften haben deshalb, wie der GDA-Vorsitzende mittelt, an den Reichstagskanzler, den Reichsjustizminister und Reichsminister des Innern geschrieben, die bis zum 31. Juli gültigen ermäßigten Lebensmittelzölle auch weiterhin in Geltung zu belassen und zwar ist eine Verlängerung um vier Monate vorgeschlagen worden. Die dem Gewerkschaftszentrum angehörenden Organisationen hatten in einer früheren Eingabe an die gleichen Regierungsstellen die Verlängerung der ermäßigten Zölle bis zum Ablauf des Folgejahres selbst, nämlich bis zum 31. Juli nächsten Jahres, beantragt. Begründet werden die Forderungen damit, daß die damals von der Reichsregierung ausdrücklich anerkannte schlechte wirtschaftliche Lage der Waise der Verbrauchersehaft, die ja der Ausgangspunkt der Einführung der ermäßigten Zölle war, nicht nur heute in vollem Umfange noch besteht, sondern durch die wirtschaftspolitischen Ereignisse der letzten Monate weiterhin ungebessert geblieben ist. Infolge der mit voller Macht ausgebrochenen Wirtschaftskrise sei die Zahl der Vollverwerksigten und Kurgarbeiter in die Millionen gestiegen. Wenn bei der Beibehaltung des Folgejahres im August 1925 die Minderzahl der große Teile der Verbrauchersehaft angebracht war, so sei diese heute in noch viel stärkerer Maße notwendig.

### Neue Bücher

Verlag-Revue für Wirtschaft, Politik und Recht. Verlag S. Mayer, Buchdruckerei Halberstadt.

#### Briefkasten

Magdeburg. Dr. F. Wie aus mitgeteilt wird, beabsichtigt der städtische Stadverordnete Mann, der infolge seines sehr jüdischen Aussehens als politischer Gefährliche angesehen wird, seinen gewählten Herren und Meister Reichstagsabgeordneten a. D. Runge den Nachweis seines germanischen Ursprungs nebst seiner Vorfahren zu erbringen. Heil!

# Politischer Wegweiser

Mitteldeutsches Wochenblatt für Freiheit und Vaterland.

Der Politische Wegweiser erscheint wöchentlich einmal an jedem Sonnabend. — Verkaufspreis: 65 Halbpennig monatlich zahlbar 6 Wochenlang. — Bestellungen nehmen alle nachblühenden Verkäufer, Buchhändler, Briefträger und der Verlag Halle (Saale), Leipzigerstraße Nr. 21, entgegen. — Preis: halbes Gornell und Betriebsführung enthalten den Betrag von der Zeitung für Verpackung und Entschädigung.

Anzeigenpreis: Für die schmalste Zeile 10 Halbpennig. — Anzeigen im Reklameteil 1 Mark. — Anzeigenentnahme nach dem Betrag des „Politischen Wegweiser“ Halle (Saale), Leipzigerstraße Nr. 21. — Verlag: Verein der Deutschen Demokratischen Partei, Halle (Saale), Leipzigerstraße Nr. 21. — Schriftleitung: Halle (Saale), Leipzigerstraße Nr. 21. Fernsprecher Nr. 1277.

Nummer 26

Halle (S.), 26. Juni 1926

2. Jahrgang

## Nach dem Volksentscheid.

Kampfhaftes Siegestimmungs rechts und links — Die nackte Wirklichkeit — Niederlage des monarchischen Gedankens — Die Aussichten einer Reichstagsauflösung — Vervorenheit — Die Regierung fest hinter dem Kompromiß — Kein voreiliger Pessimismus — Die Möglichkeit eines neuen Volksentscheides — Um die Gerstenzölle — Wirren in Polen — Die Kabinettskrise in Frankreich — Caillaux? — Poincarés Ablehnung — Die Heimatabewegung in Elsaß-Lothringen.

Der Sonntag, dem man in deutschen Landen mit einer Spannung entgegenzusehen hat, wie nur jenen 26. April vergangenen Jahres, an dem die Reichspräsidentenwahl stattfand, hat eblich niemandem befriedigt, auch wenn man rechts und links vernünftige Gefühle hegt. Sie sind eine Schaustellung vor den eigenen Anhängern. Geht man aber der Stimmung auf den Grund, so sieht man sehr rasch, daß es sich nur um eine Waise handelt. Der Volksentscheid hat nicht zum Ziel geführt, er bedeutet also eine schwere Niederlage, denn gerade der erste Versuch eines Plebiszits mußte Gelingen haben, wenn man nicht die ganze Einseitigkeit die übrigens höchst mangelhaft ist, gefährden wollte. Eine Zunahme um 2 Millionen Stimmen gegenüber dem Volksbegehren ist nicht gerade überwältigend, auch wenn man das schlechte Wetter, das Hochwasser, das in einzelnen Kreisen hart mitgeprochen hat und die Erklärung der Reichsregierung, die sich zur Durchführung des Kompromisses verpflichtete, auf die Debetseite schreibt. Auf der anderen Seite haben die Deutschnationalen und ihre Bundesgenossen gar keinen Anlaß, Siegeshymnen anzustimmen. 14,5 Millionen für eine entschuldigungslose Entzignung ist ein schwerer Schlag für den monarchischen Gedanken, rechnet man noch all diejenigen hinzu, die für eine Entzignung nicht zu haben sind, aber ebenso wenig die unerhörten Anträge der Fürsten erfüllen wollen, so bekommt man eine republikanische Front von gut 20 Millionen Menschen, wachselnlich sind es aber erheblich mehr.

Selbstverständlich haben beide Lager nur das hervor, was ihnen in den Kram paßt. Der Sozialist und verwandte Blätter sehen nur die Niederlage des Volksentscheides, die Sozialdemokratie nur das Anwachsen des Pluralismus. Die Wahrheit liegt, wie immer, in der Mitte. Wer das Ergebnis ruhig und sachlich wertet, wird sich der Erkenntnis nicht verschließen dürfen, daß die Stimmung in weiten Kreisen erheblich umgeschlagen ist. Eine Reichstagsauflösung unter der Parole: Fürstenentzignung würde das Gesicht des Reichstages grundlegend ändern. 14,5 Millionen, zu denen noch das Zentrum und erhebliche Teile der Demokraten zählen, wieviel ist sogar erhebliche Teile der demokratischen Parteien, die über einen Mißerfolg der Reichstagsauflösung in der Frage des Kompromisses enttäuscht waren, würden der Weimarer Koalition die Mehrheit im Reichstag, wobei allerdings ein unsicherer Faktor bestände, nämlich die Verteilung der Stimmen links zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten. Was sich unter dem Sowjetkern sammelt, ist für praktische Arbeit im Dienste des Vaterlandes verloren.

Von hier aus gehen wir mit man eine Reichstagsauflösung nicht gerade begrüßen können. Sie birgt ungeheure Gefahren in sich. Zunächst würde sie die Mitte zersprengen, auf der schließlich in all diesen Jahren die Verantwortung fast unumschränkt gelagert hat und die allein im Stande ist, ein Art labiles Gleichgewicht herbeizuführen, indem sie sowohl die Rechte wie die Linke, je nach Bedarf, in Schach hält. Eine Schwächung der Mitte würde aber auch der Sozialdemokratie kaum gehen sein können. Je stärker sie selbst innerhalb einer Koalition ist, umso schwerer ist es für sie, radikale Elemente in ihren Reihen zu zügeln, und die eigenen Forderungen auf ein Maß herabzuschrauben, das den anderen gehen ist, und nur so durchgeführt werden kann. Tatsächlich ist es natürlich richtig, wenn die Sozialdemokratie heute die Auflösung verlangt, da sie dabei zahlenmäßig nichts verlieren kann und sie vermutlich kaum je wieder eine so jugkräftige Parole findet. Trotzdem werden die Führer einseitig genug sein, um einen Wahlkampf nicht gerade herbeizuwünschen, der nur die ruhige Entwicklung fördern kann.

Vorläufig haben die Dinge allerdings noch verworren genug aus und das Wort Krise findet in der Wandelhalle des Reichstages ein lebhaftes Echo. Entschlossen liegt dem Kompromiß stehen außer der Regierung nur die vier in der Koalition vereinigten Parteien. Kleine Meinungsverschiedenheiten, die besonders bei der bayerischen Volkspartei herrschen, lassen sich mit einigen guten Willen beilegen. Dagegen wird die Lage sofort gefährlich, sobald sich der Reichspräsident der Annahme irgend eines Änderungsantrages vom rechts oder links geneigt zeigt. Zentrum und Demokraten sind bereit, gewissen Forderungen der Sozialdemokratie nachzugeben, lassen aber dann sofort auf den Widerstand der Volkspartei und der Bayern. Das umgekehrte ist der Fall,

wenn die Volkspartei, wozu sie nicht über Lust verführt, gewisse Änderungen mit Hilfe der Deutschnationalen durchzusetzen verucht. Trotzdem wird man sich nicht in einen Pessimismus hineinjagen lassen, solange noch die letzte Hoffnung auf eine Einigung besteht. Wer in dem hohen Hause Bescheid weiß, gibt nichts verloren. Einigungen erfolgen für gewöhnlich erst zwei Minuten vor zwölf. Man redet sich solange auseinander, bis man zuletzt müde ein Kompromiß schließt, nur um nicht ergebnislos auseinander gehen zu müssen. Das wird um so eher geschehen, je fester die Regierung und ihre Stützen sind. Leider hat



Brand.

„Wenn das so weiter geht, dann werde ich bald das Jubiläum meines 100. Kabinetts feiern können.“

der demokratische Antrag auf ein bloc-Akademie keine Zustimmung gefunden. Man tritt in die Einzelberatung und das ist immer eine Klippe, an der das Schiff scheitern kann.

Es bliebe noch ein Ausweg, über den sich ernsthaft reden läßt. Fällt der Kompromißentwurf, so könnte der Reichspräsident auf Grund seiner verfassungsmäßigen Befugnisse den Gehehensauftrag erteilen, die Volksentscheid unterbreiten. Die Aussichten werden natürlich sehr verschieden beurteilt und es ist ohne weiteres natürlich, daß sich sowohl die Sozialdemokraten, wie die Deutschnationalen dann in einer üblen Lage befinden. Sie müßten logisch die Parole auf Stimmhaltung ausgeben und würden es vermutlich auch tun, nur werden sie dann wohl davon überzeugt sein, daß ihnen gewaltige Wählermassen einfach davonlaufen. Ob diese ausreichen, um den Volksentscheid freigeig durchzuführen, kann niemand sagen. Dieser Einwand ist durchaus richtig, aber die Wahrscheinlichkeit spricht immerhin für ein Gelingen. Doch selbst einen Mißerfolg vorausgesetzt, würde sich die Situation für einen Wahlkampf erheblich geändert haben. Dann hätte nicht mehr die Sozialdemokratie die Führung und riefen den anderen Parteien die Anhängerschaft fort, sondern die Mitte übernehme die Leitung und würde dabei eine sehr starke Anziehungskraft entfalten. Nach unserer Auffassung käme es ja doch gar nicht so weit, da schon die amtliche Ankündigung eines solchen Schrittes für den Fall des parlamentarischen Verlangens vermutlich die Widerstände rechts und links brechen würde. Die Rechte könnte nicht gegen Hindenburg auftreten, die Linke wäre durch den Beweis guten Willens der Regierung in ihrer Agitation erheblich gelähmt.

Nach vor Tagen wurde diese Frage mit der der Gerstenzölle verquickt. Inzwischen ist es wenigstens gelungen, hier so etwas wie eine Einigung herbeizuführen, die zwar

noch nicht unter Dach und Fach ist und noch im letzten Augenblick scheitern kann, aber doch wenigstens die Möglichkeit gibt, einen Stein des Anstoßes aus dem Wege zu räumen und damit der Sozialdemokratie eine Anlehnung an die bürgerliche Mitte zu erleichtern. Darüber darf man sich aber nicht täuschen, daß zum Herbst eine völlige Umgruppierung erfolgen muß. Das Kabinett läßt auf schwachen Füßen, um sich lange halten und die großen Ausgaben bewältigen zu können, die ihm ziemlich sicher aus der Außenpolitik erwachsen. Bei allen Berechnungen muß man von der Möglichkeit ausgehen, daß in Genf eine neue Krise ausbricht, die einfach mit Notwendigkeit einen Kurswechsel, und zwar nicht nur bei uns, sondern auch in allen anderen beteiligten Staaten erzwängen müßte, daß für uns nur die Rückkehr zu Locarno und Ausbeugung des Systems in Frage kommt, ist eine Selbstverständlichkeit.

Einen gewissen Trost gewährt es, daß die Nachbarstaaten nicht glücklicher sind als wir und ähnliche Krisen durchmachen. In Polen haben die Sozialisten den Kabinettswechsel eine offene Frage erteilt. Der Ruf nach rechts vollzieht sich damit automatisch, aber das Bestreben, die Sejm auszufalten und selbstständig zu regieren, stützt auf die erbitterte Gegnerschaft des Parlaments und muß neue Zerungen und Wirrungen heraufbeschwören. Wo eine Lösung zu finden ist, läßt sich heute noch gar nicht absehen. Eines aber steht fest: Was aus dem Reich kommen wird, wird die Lage in Frankreich, in den besten Fällen, nicht verbessern. Der Franzen werden es aber, Botschaften, die eine große Wirkung hervorzubringen kann, dem Reich gegenüber als der Kabinettsbildung. Selbst wenn es unumkehrbar sein könnte, genügt es nicht, um die Finanzlage zu verbessern. Dieser neue Auf-



einem Ministeriat für die Regierung maßgebend. Die in Frankreich bestehende Bewegung zu unterbreiten, die in dem tiefsten und höchsten Recht des Menschen auf die Mutterprache wurzelt. Tüchtige Hoffnungen, die in unseren Reichstagsblättern geäußert werden, als könnten wir die geringsten Vorteile davon haben, erledigt man mit einer Handbewegung. Die Erinnerung an die kaiserlich-deutsche Verwaltung ist nicht dazu angetan, den Wunsch nach Rückkehr zum Reich zu erwecken. Es rächen sich die Sünden jenes Systems, das in Deutschland mit eigener Folgerichtigkeit zum Umsturz geführt hat. Was die Bevölkerung zwischen Rhein und Waagener erreicht ist eine Autonomie, und das einzige, was uns mit Genugtuung erfüllen kann, ist die Feststellung der Tatsache, daß der französische Chauvinismus genau so dumm ist, wie der deutsche. Bei der Unbeliebtheit unserer Deutschnationalen wird aber diese Erkenntnis kaum dämmern. Sie werden weiter nach innen und außen eine Politik treiben, die keine moralischen Eroberungen macht. Die Stellung des Reiches in der Welt hängt nur von der Festigung der Republik ab. Es ist bemerkenswert, daß auch in Kreisen, die sich bisher dieser Schlussfolgerung entzogen haben, der 20. Juni wenigstens soweit gewirkt hat, daß sie die Monarchie nunmehr für endgültig erledigt erachten. Richard May.